

PARITÄTREPORT

4 | 2018



- Schwerpunktthema:
Die Spaltung der Gesellschaft
- Mitgliederversammlung des Paritätischen:
Gleiche Rechte für alle Menschen!
- Paritätischer Fachtag: Auf dem Weg
zu einem inklusiven SGB VIII



Impressum

Herausgeber

Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.
GandhisträÙe 5a
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-0
landesverband@paritaetischer.de

Registereintrag

Registergericht Hannover
Vereinsregister-Nummer 2156

Steuernummer

Finanzamt Hannover-Nord
25/206/21596

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
BIC: BFSWDE33HAN
IBAN: DE73 2512 0510 0007 4495 00

Verantwortlich für den Inhalt:

Birgit Eckhardt, Vorsitzende

Redaktion

Bereich Grundsatzfragen und
Öffentlichkeitsarbeit
Anika Falke und Uwe Kreuzer
Tel. 05 11 / 5 24 86-353
report@paritaetischer.de

Druck

Sattler Direct Mail GmbH & Co. KG,
Hildesheim

Hinweis

Artikel anderer Organisationen oder Publikationen sowie namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder. Bei der Veröffentlichung von Zuschriften und Beiträgen behält sich die Redaktion das Recht auf Kürzungen vor. Der Parität Report erscheint viermal im Jahr, der Bezug ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Mit Licht gemalt

Weihnachtsmarke 2018 zeigt „Weihnachten im Kirchenfenster“

Das weihnachtliche Motiv ist ein Ausschnitt aus den von Marc Chagall geschaffenen Kirchenfenstern von St. Stephan in Mainz. Nach der völligen Zerstörung im Zweiten Weltkrieg und folgendem Wiederaufbau wurde St. Stephan zu einem Symbol christlich-jüdischer und deutsch-französischer Versöhnung. Der in Russland geborene, im Krieg vor den Deutschen geflohene und schließlich in Frankreich lebende jüdische Künstler Marc Chagall gestaltete dort von 1976 bis 1985 neun Kirchenfenster. In beeindruckender Weise sind hier Szenen

des Alten und des Neuen Testaments miteinander verwo-



ben, wodurch zum Ausdruck gebracht wird, dass der Glaube an den einen Gott Juden und Christen unlösbar miteinander verbindet. Das Motiv der Maria mit dem Jesuskind der diesjährigen Weihnachtsmarke findet sich im rechten, süd-östlichen Chorfenster. Die Wohlfahrtsmarken sind bei der Post und den Wohlfahrtsverbänden sowie im Internet auf www.wohlfahrtsmarken.de erhältlich.

Ihre Adressdaten

Bitte Änderungen mitteilen!

Um unsere Mitgliederadressen auf dem neuesten Stand halten zu können, bitten wir um Ihre Unterstützung: Benachrichtigen Sie uns bei Änderungen folgender Angaben Ihrer Organisation:

- Anschrift
- Telefonnummer
- Faxnummer
- E-Mailadresse
- Wechsel Vorstand
- Wechsel Geschäftsführung
- Name/Rechtsform.

Senden Sie die Daten an das Sekretariat des Geschäftsbereichs Mitgliederförderung, Astrid Schöne, Tel. 05 11 / 5 24 86-397 Fax 05 11 / 5 24 86-333 astrid.schoene@paritaetischer.de

Ihr Beitrag

Parität Report sucht Artikel

- Möchten Sie die Arbeit Ihrer Organisation oder Einrichtung vorstellen?
- Können Sie Tipps oder Erfahrungen weitergeben?
- Veranstalten Sie ein Programm, das für andere offen und von Interesse ist?
- Suchen Sie neue Mitarbeiter/-innen oder einen Job?
- Haben Sie Kritik oder Lob?

Dann senden Sie Ihren Beitrag (wenn möglich mit Foto) einfach als Datei oder Ausdruck via E-Mail oder per Post an den Landesverband, Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Kontaktdaten, siehe linke Spalte). Gerne sind wir bereit, Sie bei der Formulierung zu unterstützen.

Liebe Leserinnen und Leser,

der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. hat inzwischen mehr als 860 Mitgliedsorganisationen, in denen sich mehr als 50.000 Beschäftigte und mindestens ebenso viele Ehrenamtliche um Menschen, die in irgendeiner Form Hilfe brauchen, kümmern. Finanziell und ideell werden sie von mehr als einer Million Einzelmitgliedern unterstützt.

Das sind überaus erfreuliche Zahlen, und wir schätzen uns glücklich darüber, dass uns so viel Vertrauen entgegengebracht wird. Aber diese Zahlen zeugen auch davon, wie viele Menschen in unserer Gesellschaft Unterstützung und Hilfe benötigen. Hinter diesen Zahlen verbirgt sich auch die besorgniserregende Tendenz, dass die Gesellschaft weiter auseinander driftet.

Die Armutsgefährdungsquote in Niedersachsen liegt bei 16 % – das sind 1,2 Millionen Menschen und damit jeder sechste Mensch in Niedersachsen! Die Altersarmut ist von 12,2 % in 2005 auf mittlerweile 15 % angestiegen, und die Tendenz hält an. Frauen sind nach wie vor stärker betroffen, und die Kinderarmut steigt ebenfalls. Bei Alleinerziehenden liegt die Armutsgefährdungsquote bei 68 %.

Wir haben mit einer Arbeitslosenquote von unter 5 % tatsächlich eine Vollbeschäftigung. Allerdings lässt diese Zahl leicht vergessen, dass darin auch der Niedriglohnsektor und die zahlreichen prekären Beschäftigungsverhältnisse, die keinen existenzsichernden Lebensstandard gewährleisten, enthalten sind.

Dazu kommt, dass Mieten immer mehr zum Problem werden. Mittlerweile geben auch in Niedersachsen Haushalte im Schnitt fast 30 % ihres Einkommens für die Miete aus. Jahr für Jahr fallen hunderte Wohnungen aus der Preisbindung heraus, und die vom Land bis 2030 geplanten 40.000 Sozialwohnungen werden diesen Mangel an Wohnraum zumindest bis dahin nicht lösen.

Auf der anderen Seite stehen wir auch in Niedersachsen wirtschaftlich mehr als gut dar, und die Steuereinnahmen sind so hoch wie nie.



Der Paritätische steht für eine gerechtere Gesellschaft, an der alle Menschen teilhaben können. Dazu gehört es selbstverständlich, dass wir gegenüber der Politik als Mahner auftreten und fordern, dass der soziale Bereich in allen Themenfeldern ausreichend ausgestattet wird. Nur so kann die soziale Abwärtsspirale, in der sich viele Menschen befinden, aufgehalten werden.

In diesem Geist hat die Mitgliederversammlung des Paritätischen am 17.11.2018 auch das Positionspapier „Inklusion – für alle Menschen“ verabschiedet, das Sie auf der Seite 21 finden. Das Papier wird getragen von dem Paritätischen Grundwert, der allen Menschen gleiche Recht zuerkennt und wird Richtschnur für unser zukünftiges Handeln sein. Sie, die sich in unseren Mitgliedsorganisationen engagieren, egal ob haupt- oder ehrenamtlich, tragen einen Teil dazu bei, dass unser großes Ziel verwirklicht wird: eine Gesellschaft, in der jeder Mensch gleich viel wert ist und die Unterstützung bekommt, die er braucht.

Im kommenden Jahr wird der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. 70 Jahre alt. Dieses Jubiläum wollen wir nutzen, um vor allen Dingen den Menschen, die sich uneigennützig und ehrenamtlich für ein soziales Niedersachsen einsetzen, zu danken.

Der bevorstehende Jahreswechsel gibt aber auch Anlass, Ihnen allen zu danken, dass Sie sich in unserem Verband und vor Ort engagieren.

Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen eine besinnliche Weihnachtszeit und alles Gute für das kommende Jahr 2019! Wir freuen uns, Sie an unserer Seite zu haben.

Herzlich, Ihre



Birgit Eckhardt, Vorsitzende



„Wir wollen
keine Zwei-Klassenfahrt!
Sondern ne
klasse Fahrt!“

Jeder Mensch hat das Recht auf Teilhabe – unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, sozialer oder ethnischer Herkunft, Alter, Religion oder Weltanschauung, sexueller Identität, materieller Situation, Behinderung, Beeinträchtigung, Pflegebedürftigkeit oder Krankheit. Nur wer seine Rechte kennt, kann auch für sie kämpfen. Wir stehen an Eurer Seite.

www.mensch-du-hast-recht.de

70 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.

**MENSCH,
DU HAST
RECHT!**

DER PARITÄTISCHE

Ausgabe 4-18

Impressum	2		
Editorial	3		
Schwerpunkt: Spaltung der Gesellschaft			
Hoffnung in tristen Zeiten	6	Neues Berufsbildungszentrum der Lebenshilfe Braunschweig schafft Perspektiven	29
Arme kämpfen gegen Arme	7	Neue Fachberaterinnen beim Paritätischen Niedersachsen	30
„Bildungslücken“ müssen geschlossen werden	8	Neue Mitgliedsorganisationen im Porträt	31
Paritätisches Positionspapier für eine soziale Wohnungspolitik	9	Verbandsjubiläen	33
Behindertenhilfe: Der Teufel steckt oft im Detail	10		
„Wir müssen andere Menschen wertschätzen“	11	Bunte Vielfalt sozial gestalten	
Drogenhilfe: Beobachtungen und Erfahrungen aus dem Landkreis Goslar	13	Deutscher Fußballmeister der Werkstätten kommt aus Hannover	34
Emotionale Debatte um Paragraf § 219a	14	Das „Henri’s“ ist das „Produkt des Jahres 2018“	35
#metoo und die Folgen: Der Frauennotruf Hannover kämpft gegen Sexismus	15	500 Menschen feiern inklusives HalloVerden-Festival	37
Höheres Armutsrisiko, weniger Teilhabe: Einelternfamilien stehen im Abseits	16	„Kultur für Alle“ wächst und wächst	38
Die Spaltung der Gesellschaft entlang der Akzeptanz sexueller Vielfalt	17	Christian Züchner übernimmt Vorsitz der DGM Bremen/Niedersachsen	39
		Sozialverband VdK begrüßt 85 000. Mitglied in Niedersachsen-Bremen	40
		Kneipp-Bund Landesverband zeigt alternative Wege für eigene Gesundheit auf	41
		Paritätischer Peine feiert 40-Jähriges mit prominenten Gästen	42
		30 Gruppen präsentieren sich beim 16. Selbsthilfetag in Lüneburg	43
		Verdienstkreuz an Simin Nassiri verliehen	44
		Ehrungen	45
		Der Paritätische Stellenmarkt	46
		Service	
		Serviceleistungen des Paritätischen Niedersachsen ..	48
		Fachbereiche des Paritätischen	49
		Abteilungsleitungen des Paritätischen	50
		Arbeitskreise des Paritätischen	50
		Mitglieder des Verbandsrats	51
		Verbandsadressen	52
Einer für alle(s)			
Mitgliederversammlung des Paritätischen fordert: Gleiche Rechte für alle Menschen!	18		
Paritätischer Niedersachsen vergibt neues Ehrenzeichen	20		
Verständnis des Paritätischen Niedersachsen und seiner Mitgliedsorganisationen von Inklusion	21		
Auf dem Weg zu einem inklusiven SGB VIII	23		
Das BTHG und die neue Engliederungshilfe bis 2020	24		
Delme-Werkstätten lassen Beschäftigte mit Behinderung ausbilden	25		
Inklusives Wohnprojekt „Bunte Hanse“ in Lüneburg	26		
Neuer CP-Raum im Sozialpädiatrischen Zentrum Hannover	27		
Integratives Gesundheitsprojekt für Migrantenfamilien in Niedersachsen	28		

Hoffnung in tristen Zeiten

Die Spaltung der Gesellschaft erreicht die soziale Arbeit vor Ort

Abertausende Frauen berichten über Missbrauch, Diskriminierung, sexuelle Belästigung – ein kleiner Hashtag löst eine gesellschaftliche Debatte aus. Nicht zuletzt, weil viele Männer die vorgebrachten Anschuldigungen herunterspielen und keinen Handlungsbedarf erkennen können.

Studie auf Studie erklärt, wieso Kinder aus armen Familien beim Thema Bildung benachteiligt sind – und wie das zu ändern wäre: mit kleineren Kindergartengruppen, guten Ganztagschulen, vielleicht auch mit einer Kindergrundsicherung. Was macht die Große Koalition in Niedersachsen? Schafft den Elternbeitrag im Kindergarten ab. Das erhöht nicht die Besuchsquote im Kindergarten, die liegt ohnehin fast bei 100 Prozent. Und sie entlastet arme Familien nicht, denn die haben in der Regel auch vorher schon keine Beiträge gezahlt. Nur die Mittelschicht profitiert.

Zur Mittelschicht zählen sich mitunter auch millionenschwere Politiker. Vielleicht tut die Politik deswegen so wenig gegen Steuerbetrügereien wie die

berühmten Cum-Cum-Geschäfte oder gegen die Steuervermeidungstaktiken internationaler Großkonzerne. Profitieren tun davon die Reichen – die Anzahl der Millionäre ist in den vergangenen Jahren auch in Deutschland stets gewachsen. Und nicht nur die Anzahl der Millionäre, sondern auch deren zusammengerechnetes Vermögen.

Wer hat, dem wird gegeben, das hat sich trotz Finanzkrise nicht geändert. Und wer nicht hat? Der stellt sich bei der Tafel an und erklärt seinem Kind, wieso es nicht zum Kindergeburtstag der Schulfreundin gehen kann: weil Mama nämlich kein Geld für ein Geschenk hat.

Über diese Themen wird in den Fernsehtalkshows erbittert diskutiert, zumal jetzt kurz vor Weihnachten. Die Politik hat begonnen, über die Zukunft des Sozialstaats und die zunehmende Spaltung der Gesellschaft zu diskutieren. Eine Spaltung in Arm und Reich, in Männer und Frauen, in Jung und Alt, in Deutsch und Nicht-so-deutsch.

Aber vieles, was die Politik beschließt, wirkt wie Flickwerk: ein halbherziges Einwanderungsgesetz soll den Fachkräftemangel beheben; das Baukindergeld soll die Wohnungsnot beheben; eine kleine Anhebung des Pflegebeitrags soll Altersarmut verhindern helfen. Das sind zu große Aufgaben für solch kleine Korrekturmaßnahmen.

Bis die Politik die große Lösung findet, ändert sich nicht viel, weder die Zahl der armen Kinder noch die Ausgrenzung von Menschen mit Migrationshintergrund noch das gesellschaftliche Klima, das sich in den vergangenen Jahren so verschärft hat. Die Mitgliedsorganisationen des Paritätischen stemmen sich dagegen. Sie setzen sich für die Schwächsten der Gesellschaft ein, ermöglichen ihnen Teilhabe.

Allzu oft erfahren sie selbst, wie sich die Spaltung der Gesellschaft vertieft. Aber immer wieder machen sie auch die Erfahrung, dass Menschen zusammenhalten, dass Menschen bereit sind, für andere Opfer auf sich zu nehmen. Mitgliedsorganisationen des Paritätischen berichten auf den folgenden Seiten von ihrer täglichen Arbeit, von der Mühsal, den Problemen – und von der Hoffnung.

Uwe Kreuzer
 Referent für Grundsatzfragen
 Paritätischer Wohlfahrtsverband
 Niedersachsen e.V.



Arme kämpfen gegen Arme

Engagement bei einer Suppenküche: Felicitas Duijnsveld geißelt das Staatsversagen

Der Lindener Tisch e.V., im hannoverschen Stadtteil Linden angesiedelt, bietet zu günstigen Preisen einen warmen Mittagstisch an und hält wie die Tafeln ein Lebensmittelangebot für Bedürftige vor. Wir haben mit Felicitas „Feli“ Duijnsveld, die sich ehrenamtlich bei dem Verein engagiert, über ihre Arbeit gesprochen.

Parität Report: Wann stoßen Sie bei Ihrem Einsatz für Bedürftige an die Grenzen des gesellschaftlichen Zusammenhalts?

Felicitas Duijnsveld: Auf der einen Seite erleben wir oft positive Resonanz, zum Beispiel mit unserer Aktion „Ein Teil mehr im Korb“, wenn wir also vor Supermärkten um Lebensmittelspenden bitten. Das kommt gut an, da bekommen wir viele Spenden. Aber ein festes Engagement als helfende Hand, da passen die meisten lieber. Oft sind es dann die Bedürftigen selbst, die auch hinter der Theke helfen. Wir hatten auch schon die Diskussion, ob es Essen bei uns nicht besser nur für Deutsche geben sollte. Da kämpfen Arme gegen Arme, so weit ist es gekommen.

Parität Report: Ist der Umgang in den vergangenen Jahren rauer geworden, oder hat es auch Wendungen zum Guten gegeben?

Felicitas Duijnsveld: Nun, es gibt immer mehr Bedürftige, die von uns und zum Beispiel den Tafeln gespeist werden. Das kann man ja objektiv messen, die Menschen müssen ihre Bedürftigkeit schließlich nachweisen. Das sind längst nicht nur Arbeitslose, sondern auch ganz viele Menschen, die arbeiten, aber von ihrem Lohn nicht leben können. Das ist in der Tat



Erfolgreiche Aktion: Das Team vom Lindener Tisch sammelt gemeinsam mit dem Lions-Club Hannover Lebensmittelspenden vor einem Supermarkt.

immer mehr geworden. Und der Ton hat sich auch verschärft.

Parität Report: Was kann die Politik tun, um wieder für einen besseren Zusammenhalt zu sorgen?

Felicitas Duijnsveld: Was der Staat für Arme und Flüchtlinge ausgibt, steht in keinem Verhältnis zu dem, was ihm durch Steuerhinterziehung und Steuervermeidung entgeht. Wenn der Staat also Steuerlöcher stopfen würde, könnte er mehr in die Bekämpfung der Armut und mehr für gute Integration investieren. Es ist menschenunwürdig, wie unsere Gesellschaft mit Bedürftigen umgeht. Wir haben so lange Schlangen, bei Wind und Wetter, da stellt sich niemand aus Jux und Tollerei an. Menschen haben ein Recht auf ein Leben ohne Armut. Das fängt bei bezahlbarem Wohnraum an, geht mit höheren Regelsätzen und höheren Renten weiter und hört beim bedingungslosen Grundeinkommen noch nicht auf. So, wie Armut derzeit bekämpft wird, das ist eine Farce, reine Symbolpolitik. Wer ALG II beantragt, bekommt vom Jobcenter gleich eine Liste mit Ausgabestellen wie uns, weil die genau wissen, dass die Regelsätze nicht reichen. Das geht doch nicht! Das ist Kapitulation.

Parität Report: Was kann jeder einzelne Mensch zu einer gerechteren Gesellschaft beitragen?

Felicitas Duijnsveld: Achtsam und mitfühlend gegenüber seinen Mitmenschen sein. Das eigene Handeln immer hinterfragen: Was kann ich in meinem persönlichen Umfeld an Positivem in die Welt setzen? Nicht erwarten, dass andere alles regeln – selbst anpacken. Nicht nur über „die da oben“ schimpfen, sondern der staatlichen Ungerechtigkeit etwas entgegensetzen. Kurz: Ein netter Mensch sein.

Parität Report: Haben Sie einen Weihnachtswunsch?

Felicitas Duijnsveld: Wir brauchen einen neuen Lieferwagen. Ansonsten sollte sich jede und jeder einmal die Frage stellen: Was ist wirklich wichtig für mich? Wenn wir unsere Lebenszeit damit verbringen, Gutes und Schönes zu erlangen und weiter zu geben, dann ist diese Welt nicht nur zu Weihnachten liebevoller. Und das geht ohne existenzielle Sorgen definitiv besser!

*Interview: Uwe Kreuzer
Referent für Grundsatzfragen
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.*

„Bildungslücken“ müssen geschlossen werden

Benachteiligten Menschen stehen nach wie vor zu viele Barrieren im Weg

Der Zugang zu Bildung ist eine wesentliche Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Lebensgeschichte. Bildung bietet Entwicklungsmöglichkeiten und stärkt die Identitätsbildung. Sie eröffnet die Chance, an gesellschaftlichen Ressourcen teilzuhaben und die Möglichkeit, diese mit aufzubauen. Daher sollte allen Menschen der Zugang zu Bildung ermöglicht werden. Erfolgreiche inklusive Bildungsarbeit bedeutet, dass Bildungsbarrieren abgebaut beziehungsweise gar nicht erst zugelassen werden. Fehlende Schulabschlüsse, Sprachbarrieren, sperrige Strukturen des Hilfesystems, fehlende Mobilität, niedrige Bildungsabschlüsse, ungenügende finanzielle Förderungen oder auch Förderkurse, die keinen schulischen Abschluss vermitteln, sind typische „Bildungsbarrieren“, die wir bis heute nicht abbauen konnten.



Nach wie vor stehen zu viele Barrieren den Bildungserfolgen benachteiligter Menschen im Weg.

Die berufsbildenden Schulen der paritätischen Mitgliedsorganisation Albert-Schweitzer Familienwerk e.V. arbeiten seit 1991 mit Menschen im Bereich der beruflichen Bildung. Die Schülerinnen und Schüler sind „ganz normal verschieden“. Sie haben zum Beispiel Lernschwierigkeiten oder sind hochbegabt, finanziell benachteiligt oder auch wohlhabend, der deutschen Sprache erst kürzlich begegnet oder auch mehrsprachig aufgewachsen... Sie bilden einen ganz „normalen“ Querschnitt der Menschen, die im Einzugsgebiet der Schule leben, ab. Ob-

wohl die berufsbildenden Schulen versuchen, alle Barrieren aus dem Weg zu räumen und allen einen Zugang zu einer Ausbildung zu ermöglichen, stoßen sie doch immer wieder an ihre Grenzen – wie die folgenden Beispiele aus dem Schulalltag illustrieren:

stattfinden würden. Es besteht die große Sorge, dass dieser junge Mann sein Bildungsziel langfristig aus dem Auge verlieren wird.

Eine junge Frau aus Pakistan, die sich schon nach kurzer Zeit in den Schulalltag eingelebt hatte, musste die Ausbildung zur Altenpflegerin wieder abbrechen. Die Arbeitsagentur zog die Förderung zurück und bestand auf einem zusätzlichen Sprachkurs. Die junge Frau, die sich so gut in den Praxisalltag der Altenpflege eingearbeitet hatte, verließ die Schule enttäuscht und frustriert. Eine weitere Schülerin musste die Ausbildung abbrechen, weil der BAföG-Antrag auch nach zwei Monaten noch nicht bearbeitet war und sie ihre Miete nicht mehr bezahlen konnte.

Es wird deutlich, dass weiterhin zu viele Barrieren den Bildungserfolgen benachteiligter Menschen im Weg stehen.

Ein junger geflüchteter Mann aus Eritrea wollte eine Ausbildung in der Berufsfachschule Pflegeassistenten beginnen. Die Sprachbarriere war hoch und die Zugangsvoraussetzungen waren nur schwer zu prüfen. Als sich nach einigen Wochen herausstellte, dass seine Schulbesuchszeit für eine Aufnahme nicht ausreicht, musste er die Schule verlassen. Es begann eine anstrengende Suche nach alternativen Bildungsangeboten für den jungen Mann. Es stellte sich heraus, dass alle Angebote zum Erwerb eines Schulabschlusses überfüllt waren und voraussichtlich im neuen Jahr nicht mehr

Trotz aller Versprechen der Landespolitik, Bildung für alle Menschen im Land zugänglich zu machen, häufen sich die Ausbildungsabbrüche, denn der Abbau der Barrieren gelingt bisher nicht. Aufgabe einer erfolgreichen Bildungspolitik ist es, allen Bürgern eine gleichberechtigte Teilhabe an der gesellschaftlichen Ressource Bildung zu ermöglichen und damit alle „Bildungslücken“ zu schließen.

*Malica Belbouab
Schulleiterin Berufsbildende Schulen,
Uslar
Albert-Schweitzer-Familienwerk e.V.*

Bauen – Wohnen – Leben

Paritätisches Positionspapier für eine soziale Wohnungspolitik

Wohnen gehört zu den existenziellen Grundbedürfnissen eines jeden Menschen. Jedoch hat sich die Situation auf dem deutschen Wohnungsmarkt in den letzten Jahren deutlich zuspitzt. Die Versorgung mit geeignetem Wohnraum stellt mittlerweile nicht nur für Menschen in besonderen Lebenslagen wie obdachlose Menschen, Geflüchtete, Menschen mit Behinderung, ältere Menschen oder Menschen aus einkommensschwachen Haushalten eine große Herausforderung dar, sondern bereits Haushalte mit mittleren Einkommen sind betroffen.

Vor allem in Wachstumsregionen und ländlichen Regionen fehlt es an bezahlbarem und passendem Wohnraum. Dass diese prekäre Situation entstanden ist, liegt maßgeblich an den wohnungsbaupolitischen Fehlentscheidungen und Versäumnissen der vergangenen 25 Jahre: ein Rückgang öffentlich geförderter und gebundener Sozialwohnungen, der Verkauf kommunaler Wohnungsbestände, die Vergabe öffentlicher Liegenschaften, die sich an Höchstgeboten orientiert, Spekulationen mit Grundstücken sowie Mietpreiserhöhungen bei Neuvermietung und Modernisierung. Infolge dieses Mangels sind auch soziale Träger mit der Situation konfrontiert, Menschen mit Betreuungsbedarf abweisen zu müssen, da sie keine preisgünstige Wohnung für sie finden.

Nicht selten sind Menschen gezwungen, ihre gewohnten Nachbarschaften und Lebenswelten zu verlassen und weitere Wege sowie damit verbundene Mobilitätskosten in Kauf zu nehmen. Teilweise werden Menschen durch gesetzliche Vorgaben

in ihrer freien Wohnortwahl eingeschränkt. Diese Form von Segregations- und Verdrängungsprozessen auf dem Wohnungsmarkt beeinträchtigt nicht nur das individuelle Wohlbefinden, sondern schlägt sich auch in Lebenschancen nieder und gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt. Wohnen bedeutet immer auch Begegnung und Zusammenleben, Selbstbestimmung und Teilhabe an der Gesellschaft. Damit beeinflusst Wohnungspolitik die Umsetzung der Ziele in der sozialen Arbeit entscheidend.

Demzufolge bringt sich der Paritätische stärker in wohnungspolitische Fragen ein. Dies bedeutet konkret, sich verstärkt an politischen Diskursen zur Bereitstellung, zum Zugang, zur Nutzung und Sicherung von Wohnraum zu beteiligen, auf die benachteiligte Situation von Menschen in besonderen Lebenslagen aufmerksam zu machen sowie inklusive Gemeinwesen mitzugestalten.

Um eine soziale und bedarfsgerechte Wohnungspolitik zu gestalten, die Menschen in besonderen Lebenslagen sowie sozialen Trägern und den Bewohner/-innen einen ihren individuellen Bedürfnissen entsprechenden Wohnraum zur Verfügung stellt, fokussiert ein Positionspapier des Paritätischen Gesamtverbands e.V. die Schaffung von bezahlbarem und sozial verträglichem Wohnraum als zentralen Ansatzpunkt. Weitere wohnungspolitische Ansätze zu einer sozial gerechten Wohnraumversorgung sind die Gewährleistung eines gleichberechtigten Marktzugangs für besondere Bedarfsgruppen, die Sicherung bestehenden Wohnraums

sowie die Förderung eines inklusiven Gemeinwesens. Insgesamt ist für eine bedarfsgerechte Wohnungspolitik eine umfassende Objekt- wie auch Subjektförderung nötig.

Zur Umsetzung einer sozialen Wohnungspolitik müssen Bund, Länder und Kommunen ihre jeweiligen Verantwortungen und Steuerungsmöglichkeiten in diesem Bereich stärker wahrnehmen. Insbesondere die Kommunen haben hier bei der Bodenpolitik und der öffentlichen Wohnungsbewirtschaftung erheblichen Einfluss. Für eine bessere Wohnraumversorgung für Menschen in besonderen Lebenslagen sollten die Akteure des Wohnungsmarktes und freie Träger ihre Kooperationen insgesamt verstärken.

Das Positionspapier steht auf der Homepage des Paritätischen Gesamtverbands, www.paritaet.org im Bereich „Schwerpunkte“, Untermenü „Wohnen“, zum Download zur Verfügung.

Jennifer Puls
Referentin für Fachpolitische
Grundsatzfragen
Paritätischer Gesamtverband e.V.

Viel erreicht – und noch viel zu tun

Behindertenhilfe: Der Teufel steckt oft im Detail

Die soziale Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen hat in Deutschland eine wechselvolle und leidvolle Geschichte - bis hin zum Verlust jeglicher Menschlichkeit im Dritten Reich mit der Ermordung und Sterilisierung zigtausender Menschen mit Behinderung. Seitdem hat sich durch das Engagement von Betroffenen, von Eltern, Bürgerinnen und Bürgern und der Politik vieles zum Positiven verändert. Zuletzt wurden durch das Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention die Rechte von Menschen mit Behinderungen erstmalig als Menschenrechte anerkannt und in der Folge in nationales Recht umgesetzt. Nicht weniger als die umfassende Teilhabe in allen Lebensbereichen ist dabei der Maßstab bei der Umsetzung.

Gelingt es gesellschaftlich, dieser Anforderung gerecht zu werden?

Mit dem Bundesteilhabegesetz wurde das Ziel verfolgt, ausgehend von der einzelnen Person den individuellen Bedarf als Maßstab für notwendige Unterstützung und Assistenz zu nehmen. Das Bundesteilhabegesetz folgt dabei dem Ansatz der UN-Behindertenrechtskonvention. In Niedersachsen dient dazu ein neues Bedarfsermittlungsverfahren. Noch ist es zu früh, eine Bewertung dazu abzugeben. Es ist aber gut und angesichts geteilter Zuständigkeiten auch notwendig, dass das Land Niedersachsen die Wirksamkeit des neuen Verfahrens in den nächsten Jahren untersuchen möchte. Das Bundesteilhabegesetz hat aber nicht alle für Menschen mit Behinderungen diskriminierenden Punkte geklärt:

- Nach wie vor wird Menschen mit Behinderungen, die nicht das sog.

Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Tätigkeit nachweisen können, die Teilhabe am Arbeitsleben und beruflicher Bildung verwehrt.

- Menschen mit Behinderungen in besonderen Wohnformen sind weiter bei der Unterstützung durch die Pflegekasse durch einen gedeckelten Betrag benachteiligt, obwohl sie Beiträge an die Pflegekassen zahlen.

Zudem gibt es weitere Hürden, die Teilhabe erschweren und damit die Spaltung der Gesellschaft verstärken. So ist auf dem Wohnungsmarkt kaum noch bezahlbarer Wohnraum zu finden. Die Kombination „bezahlbar und barrierefrei“ ist entsprechend noch rarer, ein Großteil von Menschen mit Behinderungen wird folglich vom Leben im Sozialraum ausgeschlossen.

Aktuelle Zahlen aus Hessen weisen ein erhebliches Defizit an Wohnraum auf. In den kommenden Jahren bis 2035 fehlen dort rund 400.00 Wohnungen – die Zahlen lassen sich auf Niedersachsen direkt übertragen. Zudem entfallen in Niedersachsen mehr Wohnungen aus der Sozialbindung, als neue gebaut werden. Dies führt im Ergebnis zu einer Ausgrenzung von Randgruppen bei der Wohnungssuche, wenn die Politik dieser Entwicklung in den kommenden Jahren nicht gezielt durch entsprechende Förderprogramme entgegenwirkt.

Obwohl die Lebenswelten von Menschen mit und ohne Behinderung heute viel mehr an Gemeinsamkeiten aufweisen, gemeinsame Erfahrungen in Kindergarten, Schule, Arbeit und Nachbarschaft den Alltag bestimmen, erleben wir einen Wandel in der gesellschaftlichen Diskussion. Die Ge-

sellschaft läuft Gefahr, den Wert von Vielfalt aus dem Blick zu verlieren.

Wie sonst ist es zu erklären, dass eine demokratisch gewählte Partei im Deutschen Bundestag im Rahmen einer Anfrage den Zusammenhang zwischen Migration und Behinderung herstellt?

Wie sonst ist es zu verstehen, dass vorgeburtliche Bluttests bald eine Regelleistung der Krankenkasse sein können?

Mit neuen Tests können Ärzte das Blut von schwangeren Frau untersuchen. Sie können so herausfinden, ob die ungeborenen Kinder eine Behinderung haben, zum Beispiel das Down-Syndrom. Die Lebenshilfe fordert, dass über die Folgen dieser Bluttests für die Gesellschaft geredet werden muss. Dazu muss nach Auffassung der Lebenshilfe auch der Bundestag dringend diskutieren.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sagte beim Festakt zum 60-jährigen Bestehen der Lebenshilfe: „Ich finde, wir müssen in diesen Zeiten wieder verstärkt darauf aufmerksam machen, dass es normal ist, verschieden zu sein, dass alle Menschen gleich viel wert sind und gleiche Rechte haben. [...] Wir erleben, wie Empathie und Solidarität von manchen als Schwäche ausgelegt werden.“

Dies ist Bestätigung und Anspruch für unsere weitere Arbeit zugleich!

*Holger Stolz
Geschäftsführer
Lebenshilfe Landesverband
Niedersachsen e.V.*

„Wir müssen andere Menschen wertschätzen“

Im Bürgertreff Hann. Münden kommen Menschen aus verschiedenen Kulturen zusammen

Nach wie vor dreht sich die politische und gesellschaftliche Debatte zu einem großen Teil um das Thema Zuwanderung. Die paritätische Mitgliedsorganisation Bürgertreff e.V. in Hann. Münden betreut etliche Flüchtlinge. Wir haben mit Koordinatorin Vera Razat über ihre Arbeit gesprochen.

Parität Report: *In welchen Situationen stoßen Sie an Grenzen des gemeinschaftlichen Zusammenhalts?*

Vera Razat: Eine geflüchtete Mutter von zwei Kindern suchte Hilfe bei uns im Bürgertreff. Im Kindergarten war etwas schief gelaufen, es ging um die Bezahlung des Mittagessens. Die Mutter und das Kita-Personal konnten sich kaum verständigen, die Betreuer wurden in ihrer Ohnmacht irgendwann sehr laut. Die Mutter war völlig aufgelöst, und die Situation war leider nicht mehr zu kitten. Immerhin konnten wir der Familie einen Platz in einem anderen Kindergarten vermitteln. Das war dann wiederum ein gutes Beispiel für Kooperation.

Sprachbarrieren spielen auch in den Schulen eine große Rolle. Die Eltern eines Kindes, das im Bürgertreff seine Hausaufgaben macht, sprechen noch nicht gut Deutsch. Die Schule muss für Gespräche einen Dolmetscher organisieren. Trotzdem verstehen die Eltern nicht immer alles und suchen bei uns Rat. In Gesprächen des Bürgertreffs mit der Schule stellte sich dann heraus, dass Klassenlehrerin und Schulleitung kaum noch Kapazitäten haben, sich zusätzlich zum normalen Schulalltag um die Probleme des Kindes zu kümmern. Sie bemühen sich zwar alle, sind aber schon an der Belastungsgrenze. Die

Schule bräuchte dringend eine Förderlehrkraft oder eine sozialpädagogische Fachkraft in Vollzeit, um diese Problematik aufzufangen.

Neben Sprachproblemen gibt es im deutschen Alltag auch rechtliche Fallstricke. Eine engagierte ehrenamtliche Mitarbeiterin betreute vor einer Weile einen Geflüchteten, der im Bürgertreff mehrmals pro Woche Nachhilfe für seinen Deutschunterricht bekam. Er schloss einen Handy-Vertrag ab. Dann noch einen für die Bahncard und noch einen für das nächste Handy – völlig im Unklaren über Kosten und Vertragsbedingungen. Die Mitarbeiterin versuchte, das alles zu klären, aber irgendwann wollte sie einfach alles hinwerfen. Es wird den Leuten einfach zu leicht gemacht, Verträge abzuschließen – und da wieder rauszukommen, kann unermesslich schwer sein.

Parität Report: *Wie hat sich diese soziale Spaltung in den vergangenen Jahren entwickelt? Ist der Umgang miteinander rauer geworden oder hat es Wendungen „zum Guten“ gegeben?*

Vera Razat: Entgegen der landläufigen Berichterstattung ist im Bürgertreff die Bereitschaft im interaktiven Miteinander immer größer geworden. Hier gibt es in Kooperation mit der Diakonie ein Nähcafé für Frauen, wo neben der gemeinsamen Handarbeit in gemütlicher Atmosphäre Deutsch geübt wird. In Kooperation mit der AWO bieten wir niedrigschwellige Deutschunterricht und Alphabetisierung an. Die Teilnehmerinnen – es sind fast nur Frauen – engagieren sich immer mehr selbst im Bürgertreff. Wir haben engagierte Ehrenamtliche, die Anderssprachigen nicht nur Deutsch beibringen, sondern auch fachliche Nachhilfe bei



Mit Unterstützung der ehrenamtlichen Helferinnen Bettina Oppermann machen die „großen“ Kinder (ab der 5. Klasse aufwärts, alle Schulformen) gemeinsam Hausaufgaben.

Berufsausbildungen geben. Im Bürgertreff machen Kinder aus bestimmten zehn Nationen ihre Hausaufgaben, von der ersten bis zur zehnten Klasse. Insgesamt 41 Kinder, die ehrenamtlich betreut werden. Von Montag bis Donnerstag.

Natürlich ist der eine oder andere Ehrenamtliche mal genervt, aber dann gibt es immer irgendwo im Gebäude ein offenes Ohr und eine Tasse Kaffee. Das wirkt wahre Wunder. Noch eine Wendung zum Guten: Die Zusammenarbeit mit anderen Vereinen und Verbänden wird immer besser und selbstverständlicher.

Parität Report: *Was muss die Politik tun, um für einen noch besseren Zusammenhalt zu sorgen?*

Vera Razat: Sämtliche Kommunikationswege offenhalten. Ängste in der Gesellschaft ernst nehmen, Demokratie wahren und leben. Den Dialog suchen und vertiefen. Missstände klar benennen. Kommunikation ist alles. Außerdem: Viel investieren in Kindergärten, Grundschulen und weiterführende Schulen. Investition in Bildung und Bildungsbegleitung. Niemand darf übersehen werden. Die Politik sollte sich auf das Gemeinsame fokussieren, nicht auf das Trennende.

Parität Report: *Was kann jeder einzelne Mensch als Teil der Gesellschaft dazu beitragen?*

Vera Razat: Wertschätzung anderer Menschen. Positiv denken. Für einander da sein. Miteinander leben. Reden, erklären. Eine Atmosphäre des Vertrauens und Sicherheit aufbauen. Offen sein für alles, auch für Meinungen, die vielleicht nicht „meine“ sind. Zuhören. Ernst nehmen. Das baut Ängste ab und das Ge-



Elisabeth Härder ist ehrenamtliche Helferin im Bürgertreff e.V. Sie ist gelernte Friseurin, hat mit 50 Jahren noch einmal umgesattelt auf Altenpflege und ist mittlerweile in Rente. Im Verein unterstützt sie Flüchtlingen wie Hagos bei den Hausaufgaben für die Ausbildung zum Altenpfleger.

fühl, ernst genommen zu werden, auf Nachfragen. Differenzieren. Keine Denkverbote im Kopf aufbauen. Und: Ein freundliches Guten Morgen wirkt Wunder. Probieren Sie es mal aus!

Parität Report: *Geben Sie uns doch bitte ein positives Beispiel dafür, wie sich mehr Zusammenhalt bewirken lässt.*

Vera Razat: Ein Beispiel im Kleinen: Wenn jemand fragt „Wo kommt der her?“ oder „Kann der auch Deutsch?“ ist es wirklich hilfreich, den Fragesteller freundlich und nett in ein Gespräch zu verwickeln. Es ist erstaunlich, wie gut das geht und wie schnell Leute dann zusammensitzen. Eine grundlegende Erfahrung: Ein immer besseres Miteinander mit vielen Kulturen kommt durch niedrigschwellige Angebote zustande, so wie sie im Bürgertreff angeboten werden. Vertrauen und Sicherheit, der Aufbau

von Beziehungen und Authentizität tun das ihre dazu.

*Interview: Uwe Kreuzer
Referent für Grundsatzfragen
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.*

Der Paritätische Medien-Service (PMS)

immer aktuell im Internet:
Rubrik Presse auf
www.paritaetischer.de
oder
im E-Mail-Abo
Schreiben Sie an
report@paritaetischer.de

Die Lage verschärft sich noch

Drogenhilfe: Beobachtungen und Erfahrungen aus dem Landkreis Goslar

Opiatabhängige bilden mit knapp über 50 Prozent die größte Gruppe der Ratsuchenden in der Jugend- und Drogenberatung Goslar. Es handelt sich hierbei häufig um Menschen, deren Leben über Jahre, teils über Jahrzehnte, von den Folgen einer manifesten Abhängigkeit geprägt wurde. Oft ist dies gekoppelt mit Langzeitarbeitslosigkeit, ALG-II- und immer häufiger SGB-XII-Bezug, Schulden, instabilen Wohnverhältnissen, sozialer Isolation und massiven körperlichen und psychischen Begleiterkrankungen.

Lange Zeit galt die Vermittlung in stationäre Langzeittherapien als der Königsweg in der Drogenhilfe. Aufgrund des Umbaus des Hilfesystems und einer verschärften Bewilligungspraxis der Kostenträger – vor dem Hintergrund mangelnder Integrationschancen auf dem ersten Arbeitsmarkt – nehmen ältere Drogenabhängige die stationäre Entwöhnung immer weniger in Anspruch.

Projekt erfolgreich – Finanzierung eingestellt

Im Landkreis Goslar konnten in den vergangenen Jahren Opiatabhängige am Beschäftigungsprojekt DROBS-JOB teilnehmen. Substituierte ALG-II-Empfänger hatten hier die Möglichkeit, im Rahmen einer Arbeitsgelegenheit (eines sog. Ein-Euro-Jobs) an einem Werkstattprojekt teilzunehmen. Hierüber konnten die Teilnehmer Aspekte der Teilhabe in unterschiedlichen Ausprägungen erfahren. Dieses Projekt wurde Ende 2014 aufgrund mangelnder Finanzierungsmöglichkeiten eingestellt.

Der Wegfall des Beschäftigungsprojekts bedeutet für den betroffenen

Personenkreis einen erheblichen Verlust. Es entstand eine Lücke im Hilfesystem. Die Konsequenzen waren vielfältig:

- eine zunehmende Inanspruchnahme der Szenetreffpunkte
- somit eine zusätzliche Belastung für die Öffentlichkeit
- die Gefahr einer zunehmenden gesundheitlichen und sozialen Verelendung, da die bestehenden Hilfen die zuvor geleistete Unterstützung nicht ersetzen können

Um ordnungsrechtliche Probleme zu minimieren und einen Schutz vor Witterung zu bieten, wurde in den vergangenen Jahren in den Wintermonaten an öffentlichen Plätzen in Goslar Szenemitgliedern ein Baucontainer als Aufwärmstube zur Verfügung gestellt. Neben einer Verschärfung der Drogenproblematik in Stadt und Landkreis ist es aber wohl in erster Linie dem Fehlen des gesellschaftlichen Konsenses hinsichtlich eines geeigneten Platzes geschuldet, dass dieses Angebot inzwischen ersatzlos gestrichen wurde. Die Folge: Die Szene trifft sich an gänzlich ungeeigneten Orten.

Sinkende Zahl substituierender Ärzte

Das Problem ist niedersachsenweit bekannt: Es gibt nicht genügend substituierende Ärzte. Allein in Goslar gab es früher drei Substitutionsstellen, aktuell ist es nur noch eine – bei gleich bleibenden Patientenzahlen. Die Folgen: zum einen eine weitere zunehmende Belastung der Öffentlichkeit durch eine „verdichtete“ Szene; zum anderen eine verschlechterte ärztliche Versorgung, da nicht alle Behandlungsbedürftigen mit dem

nun bestehenden Angebot erreicht werden. Konnten bis vor kurzem geschätzt bis zu 95 Prozent der Opiatabhängigen durch die Substitutionsbehandlung erreicht werden, so sind es jetzt vermutlich nur noch knapp 80 Prozent. Weitere Folgen: zunehmend mehr Todesfälle, vermehrte Begleiterkrankungen, zunehmende Beschaffungskriminalität. Daraus entstehen wiederum Kosten für polizeiliche und ordnungsrechtliche Maßnahmen usw.

Hoffnung

Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung sowohl in der Stadt als auch im Landkreis Goslar sind sich ihrer Verantwortung bewusst geworden und haben begonnen, das Hilfesystem z.B. durch Bereitstellung zusätzlichen Personals zu stärken. Dies kann nur ein Anfang sein. Wer sich politisch für die Belange der Drogenhilfe einsetzt, gewinnt vermutlich keine Wahlen, vielmehr besteht die Gefahr, dass man sich einem populistischen Druck aussetzt. Daher hat man es in Goslar verstanden, einen engen Dialog mit allen Beteiligten zu führen, in den alle berechtigten Interessen einfließen. Am Ende steht hoffentlich ein hohes Maß gesellschaftlichen Zusammenhalts.

*Lars Fischer
Leiter Jugend- und Drogen-
beratungsstelle Goslar
Gemeinnützige Gesellschaft für
Paritätische Sozialarbeit
Braunschweig mbH*

Emotionale Debatte um Paragraf § 219a

Sicherung der Versorgung nach Schwangerschaftskonfliktgesetz ist bedroht

Seit geraumer Zeit wird in Politik und Gesellschaft die Aufhebung beziehungsweise Neuregelung des § 219a StGB diskutiert, der Werbung für Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe stellt. Viel Aufmerksamkeit hat die Thematik erhalten, als eine Ärztin aus Gießen zu einer hohen Geldstrafe verurteilt wurde, weil sie auf ihrer Webseite Informationen über Schwangerschaftsabbrüche und deren Durchführung zugänglich gemacht hat. Hier stellt sich zum einen die Frage, wo Information auf- und Werbung anfängt, zum anderen, auf welchem Wege betroffene Frauen seriöse medizinische Beratung erhalten können. § 219a StGB stellt nicht nur „Werbung“ für Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe, sondern erschwert Schwangeren den freien Zugang zu sachlichen Informationen über die Möglichkeiten eines Abbruchs und beschneidet somit auch das Recht von Frauen auf Information. Der Paragraf 219a ist zudem noch auf einer anderen Ebene problematisch: Er impliziert, dass Frauen sich mittels „Werbung“ für eine Abtreibung entschließen würden, und verkennt die wirklichen, weit komplexeren Gründe für oder gegen das Fortsetzen einer Schwangerschaft.

Die Debatte um diesen einen Paragrafen scheint eine juristische Detailfrage. Aber mehr als 40 Jahre nach den grundlegenden rechtlichen Änderungen zum Schwangerschaftsabbruch polarisiert das Thema Abtreibung wieder die Gesellschaft. Aus den USA sind die Bilder und Szenarien bereits bekannt: Aufgebrachte Menschen, die Abtreibung mit medizinischen Verbrechen der Nazizeit vergleichen und Ärztinnen und Ärzte, die Abbrüche durchführen, bedrohen oder sogar angreifen. Im Wahlkampf 2016 forderte Donald

Trump eine Bestrafung für Frauen, die abtreiben. Der Fall der Gießener Ärztin hat die Diskussion über Abtreibung auch hierzulande wieder neu entfacht und die Fronten verhärtet. Starken Aufwind erhalten Abtreibungsgegner dabei vor allem von reaktionären und radikal konservativen Gruppen und ihren politischen Vertretungen, die das Recht des ungeborenen Lebens über das Informations- und Selbstbestimmungsrecht der Frau stellen.

Von diesen Kräften getrieben, wird der Protest gegen Abtreibungen immer lauter. Das hat zur Folge, dass Ärztinnen und Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, verstärkt eingeschüchtert oder, mit Bezug auf § 219a, vermehrt angezeigt werden. Parallel mehren sich die Fälle, in denen Frauen vor Ort keine Abbruchmöglichkeit ihrer Wahl finden. Besonders dramatisch ist es, wenn die Frau einen Abbruch mit örtlicher Betäubung oder einen medikamentösen Abbruch vornehmen lassen möchte; diese Methoden stehen regional noch seltener zur Verfügung als die gängigere Methode der Absaugung unter Vollnarkose. Die Diskussion um den § 219a spaltet also nicht nur die Gesellschaft in zwei Lager, sie hat auch teils drastische Folgen für Frauen, die sich sowieso schon in einer schwierigen Situation befinden.

Die Entscheidung über einen Schwangerschaftsabbruch gehört zu den persönlichsten Entscheidungen, die eine Frau in ihrem Leben treffen muss. Schwangere Frauen haben in dieser Notsituation ein Recht auf kompetente, schnelle und niedrigschwellige Hilfe und Unterstützung. Diese erhalten die Frauen in den Beratungsstellen. Bei der Suche nach einem geeigneten Arzt

oder gar einer Ärztin für den Schwangerschaftsabbruch wird dann jedoch oft die schwierige Versorgungssituation deutlich. In vielen Landkreisen und Regionen ist kein medikamentöser Abbruch möglich. Weite Wege, zum Teil weit über 100 Kilometer, müssen bewältigt und finanziert werden, evtl. auch noch mit einer Begleitperson wie einer Dolmetscherin. Für manche Frauen ist dies eine schwer zu bewältigende finanzielle Hürde.

Die Fachfrauen des Arbeitskreises Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung im Paritätischen Fachbereich Frauen und Familien sehen die Versorgungssicherheit bedroht. Sie fordern das Land Niedersachsen auf, seiner gesetzlichen Verpflichtung nachzukommen und die Versorgung mit einem ausreichenden Angebot ambulanter und stationärer Behandlungsmöglichkeiten sicherzustellen. Zugleich sollte darauf hingewirkt werden, dass ausreichend Ärztinnen und Ärzte in den verschiedenen Methoden ausgebildet werden. Zudem ist es unbedingt notwendig, Informationen über Schwangerschaftsabbrüche und deren Durchführung für Interessierte und Betroffene leichter zugänglich zu machen, auch über ärztliche Websites. Die Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen unter dem Dach des Paritätischen Niedersachsen plädieren daher für eine Streichung des § 219a StGB in seiner jetzigen Form.

*Andrea Zerrath
 Fachberaterin Frauen und Familien
 Anika Falke
 Referentin für Presse und
 Öffentlichkeitsarbeit
 Paritätischer Wohlfahrtsverband
 Niedersachsen e.V.*

Die Gesellschaft bewegt sich – in verschiedene Richtungen

#metoo und die Folgen: Der Frauennotruf Hannover kämpft gegen Sexismus

Ausgrenzung allgemein bedeutet für uns, dass nicht alle Menschen die gleichen Rechte haben, dass ihnen Zugänge verwehrt werden, dass sie behindert werden bis hin zu massiven Formen von Diskriminierung. Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, an der Uni, aber auch andere Formen von Diskriminierung wie ungleiche Bezahlung etc. gehören dazu. Frauen sind zudem vielfältigen Gewaltformen ausgesetzt. Erfahrungen von Gewalt machen einsam und können isolieren und so zu Spaltungen innerhalb einer Gesellschaft führen.

Wir erleben alltäglichen Sexismus in allen gesellschaftlichen Bereichen, auch in der Politik. Ein Beispiel von Sexismus ist sexistische Werbung. Dazu läuft in der Region Hannover seit Anfang November die Online-Kampagne „Uns reicht’s – gegen sexistische Werbung“. Sexistische Werbung ist so alltäglich, wir nehmen sie schon gar nicht mehr als solche wahr. Aber in ihrer Masse behindert sie Mädchen und Jungen, ein selbstbestimmtes Selbstbild zu entwickeln, unabhängig von Klischees und alten Rollenbildern.

Zu sexueller Belästigung am Arbeitsplatz werden wir zurzeit vermehrt für Fortbildungen angefragt. Es wird erfreulicherweise auch Arbeitgebern klar, welche Auswirkungen sexuelle Belästigung für Institutionen und Einrichtungen hat. Dazu gehören wirtschaftliche Folgekosten durch Fehlzeiten, Kündigung etc. Außerdem werden gut ausgebildeten Frauen Karrierechancen genommen. Arbeitgeber haben auch ganz klar die Aufgabe, ihre Beschäftigten vor Diskriminierung zu schützen.

Ein weiterer Aspekt von Ausgrenzung ist die Stigmatisierung von Betroffenen sexueller Gewalt, gerade erwachsener Frauen. Ihnen werden Mitschuld und Mitverantwortung unterstellt. Sätze wie „Dazu gehören doch immer zwei“, „Das hättest Du doch wissen müssen“, „Tja, wenn Du auch Alkohol getrunken hast“, oder „Was ziehst Du auch so einen kurzen Rock an“ müssen sich Betroffene auch heutzutage noch anhören.

Wir erleben eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft, andererseits aber auch deutliche Verbesserungen im Umgang miteinander – es gibt beides. Durch den Rechtspopulismus werden Themen instrumentalisiert, zum Beispiel für rassistische Parolen. Da müssen wir sehr wachsam sein und Erreichtes verteidigen. Es gibt die Maskulinisten, also Männerbündnisse, die klar an tradierten Rollen festhalten. Dieses Beharren auf alten Privilegien zeigt sich in den vehementen Anti-Statements im Rahmen der #metoo-Debatte. Andererseits gibt es Männer, die verstanden haben, dass alle Geschlechter von Gleichberechtigung profitieren. Da ist Zusammenarbeit möglich.

Durch die #metoo-Debatte ist vieles in Bewegung gekommen und bewegt sich weiter. Doch die reaktionären Kräfte mobilisieren dagegen. Aber das haben sie schon immer getan. Wir müssen die #metoo-Debatte auf eine breitere Basis transformieren. Es sind nicht nur berühmte Frauen in bestimmten Branchen betroffen. Wir leben nach wie vor in einer Gesellschaft, die auf klaren Rollenzuschreibungen basiert. Hierarchie und patriarchales Denken durchdringen immer noch unser Zusammenleben. Und diese Ungleichheiten spalten eine Gesellschaft.

Für alle demokratischen Parteien, für jeden einzelnen Politiker und jede einzelne Politikerin gilt: Zuhören und hinsehen, wahrnehmen, miteinander sprechen. Und vor allem für gute Rahmenbedingungen sorgen. Es gibt in vielen gesellschaftlichen Bereichen Menschen und Einrichtungen, die sich engagieren. Die müssen so ausgestattet werden, dass sie ihre Arbeit gut machen können.

Gleichberechtigung, Teilhabe für alle, Gewalt an Frauen und Mädchen (und Männern und Jungen) – das sind keine



Aktionspostkarte der Kampagne „Für ein selbstbestimmtes Leben – frei von (sexualisierter) Gewalt!“ des Frauennotrufs Hannover.

Nischenthemen, das geht uns alle an. Das heißt, Soziales, Justiz, Innenpolitik – das sollte stärker im Fokus sein. Gewalt an Frauen ist schließlich immer auch ein Thema der inneren Sicherheit!

Mit Präventionskampagnen, Gesetzen, Richtlinien für Schulen etc. kann Politik steuernd eingreifen. Aber im privaten Bereich gibt es keine Steuerung von außen. Hier geht es darum, das Bewusstsein für ein gutes Miteinander zu schärfen und Rollenbilder zu verändern. Dazu gehören Vorbilder in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Es lohnt sich, das Problem an den Wurzeln zu packen, heißt: bestehende Ungleichheiten zwischen den

Geschlechtern anzugehen. Dazu gehören z. B. gleicher Lohn, Parität in den Parlamenten, Quotenregelung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf etc.

Aber nicht nur die Politik, jeder Mensch muss hinsehen, zuhören, wahrnehmen und dann vor allem Haltung zeigen. Ich kann durch klare Haltung das Klima, in dem ich leben will, sehr wohl beeinflussen: indem ich nicht wegschaue. Ich kann selber entscheiden, wie ich mit Grenzen umgehe. Wo gehe ich manchmal unbedarft darüber? Wo setze ich meine nicht deutlich genug? In Diskussionen muss ich nicht immer durchdachte Statements abgeben, ich kann auch

mal sagen: „Das ist Bullshit“ oder „Das ist eine Grenzüberschreitung“. Davon profitieren alle. Das ist nicht immer einfach, aber es reicht manchmal schon als Signal.

Und dieser Satz bleibt aktuell und ist aktueller denn je: Das Private ist politisch! Wir müssen den Mut haben, Gewalt sichtbar zu machen. Und ein zweiter Satz der Frauenbewegung ist mir wichtig: Gemeinsam sind wir stark. Ich kann nur ermutigen: Frauen, solidarisiert euch, geht Bündnisse ein!

*Petra Klecina
Sozialpsychologin
Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V. Hannover*

Alleinerziehend und allein gelassen

Höheres Armutsrisiko, weniger Teilhabe: Einelternefamilien stehen im Abseits

Mindestens jede fünfte Familie in Deutschland ist heute eine Einelternefamilie. Rund 90 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen. Insgesamt leben in diesen Familien 2,3 Millionen Kinder unter 18 Jahren. So weit die bloße Statistik. Hinter den Zahlen verbirgt sich ein tiefer Riss, der durch die Gesellschaft geht. So sind Alleinerziehende gegenüber anderen Familienformen schlechtergestellt: im Steuerrecht, auf dem Arbeitsmarkt (Stichwort unfreiwillige Teilzeitarbeit). Sie sind als Mütter mit ihren Bedarfen immer noch nicht hinreichend berücksichtigt – die Kinderbetreuung ist noch nicht hinreichend flexibel, (gute) Ganztagschulen noch nicht flächendeckend ausgebaut. Im Alter sind Alleinerziehende überproportional häufig von Altersarmut betroffen.

Kurz: Alleinerziehende leisten viel. Aber sie haben weder die gleichen

Chancen noch die gleiche Teilhabe wie andere Eltern. Und das hat die bekannten langfristigen Auswirkungen auf ihre Kinder. Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik müssen endlich das Leitbild des existenzsichernd erwerbstätigen Erwachsenen mit familiären Fürsorgepflichten umsetzen. Nur so kann allen Familien, ob vor oder nach einer Trennung oder Scheidung, ob mit einem oder mehreren Kindern, ein Leben oberhalb von Armutsgrenzen ermöglicht werden.

Die Hälfte aller Kinder in Armut lebt bei Alleinerziehenden, zu 90 Prozent bei Müttern. Einelternefamilien haben mit rund 43 Prozent das größte Armutsrisiko aller Familienformen, und das, obwohl die Erwerbstätigkeit alleinerziehender Frauen mit ca. 70 Prozent hoch ist und weiter ansteigt. Arbeit allein schützt sie und ihre Kinder also nicht vor Armut. Das ist seit

Langem bekannt. Da Leistungen wie das Kindergeld, der Unterhaltsvorschuss oder das Elterngeld vollständig auf Sozialleistungen angerechnet werden, bieten sie gerade für Haushalte mit niedrigem Einkommen keinen Schutz vor Kinderarmut.

Die paritätische Mitgliedsorganisation Verein alleinerziehender Mütter und Väter, Landesverband Niedersachsen e.V. (VAMV) fordert deshalb die Einführung einer Kindergrundsicherung unabhängig vom Einkommen der Eltern, in der alle kindbezogenen Transfers zusammengefasst werden.

*Monika Placke
Landesgeschäftsführerin
Verband alleinerziehender Mütter und Väter,
Landesverband Niedersachsen e.V.*

„Ich habe ja nichts gegen Schwule, aber...“

Die Spaltung der Gesellschaft entlang der Akzeptanz sexueller Vielfalt

Die rechtliche Lage von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans* und inter* (LSBTI*) Menschen hat sich in Deutschland in den vergangenen Jahren erheblich verbessert. Mit der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare, der Rehabilitation der nach §175 StGB Verfolgten und der baldigen Einführung einer dritten Option zum Geschlechtseintrag im Personenstandsgesetz wurde viel erreicht. Offen ist zurzeit jedoch noch eine Reform des Transsexuellengesetzes (TSG).

Auch die Einstellung der Bevölkerung hat sich augenscheinlich zum Positiven gewandelt. So befürworten nach einer Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS)¹ mehr als 80 Prozent der Bevölkerung die Öffnung der Ehe, und 75 Prozent sind dafür, dass homosexuelle Paare Kinder adoptieren dürfen. Vergleichbar mit rassistischen Ressentiments werden viele Vorurteile und Abneigungen jedoch nicht offen geäußert, sondern erst sichtbar, wenn genauer nachgefragt wird. So finden es laut derselben Studie 40 Prozent der Befragten unangenehm, wenn sich zwei Männer in der Öffentlichkeit küssen, 25 Prozent sind es noch bei zwei küssenden Frauen. Ein küssendes heterosexuelles Paar empfindet nur jede zehnte befragte Person als unangenehm.

Die paritätische Mitgliedsorganisation SCHLAU Niedersachsen e.V. organisiert Bildungs- und Aufklärungsveranstaltungen zu geschlechtlicher Identität und sexueller Orientierung in Schulen und anderen Einrichtungen. In Projekten mit Schulklassen werden die Grenzen der Akzeptanz gut sicht-



SCHLAU Teamer_innen bei einer Demo gegen eine AfD Veranstaltung zum Thema ‚Sexuelle Vielfalt in der Schule‘

Foto: SCHLAU Niedersachsen

bar. SCHLAU bietet Workshops an, in denen Jugendlichen die Möglichkeit haben, mit jungen LSBTI*-Menschen ins Gespräch zu kommen. Mittels pädagogischer Methoden und auf Peer-to-Peer-Basis wird niedrigschwellig und altersgerecht in die Themengebiete eingeführt. Das abstrakte Ziel, dass Schulen die Akzeptanz gegenüber LSBTI*-Personen fördern, finden laut ADS Studie zwar 90 Prozent richtig. Wenn es jedoch um die konkrete Umsetzung dieses Ziels geht, verschieben sich die Einstellungen. Gut ein Viertel der Befragten lehnt es ab, sexuelle Vielfalt im Unterricht auch nur anzusprechen und gleichgeschlechtliche Lebensweisen sichtbar zu machen. Dass jedoch das ehrenamtliche Engagement der zehn SCHLAU Projekte in Niedersachsen genau das zum Ziel hat, nämlich die Vielfalt sexueller Orientierungen und Geschlechtsidentitäten in der Schule sichtbar zu machen, ruft daher

bei einigen Eltern und Schulen diffuse Befürchtungen und Ablehnung hervor.

Mit diesen unterschweligen homo- und trans*-feindlichen Einstellungen wird auch zunehmend gefährlich Politik gemacht. So tritt die AfD auch in Niedersachsen mit einem Programm an, das sich explizit gegen die gesellschaftliche Gleichstellung von LSBTI*-Menschen richtet. Erst im November dieses Jahres beantragte die AfD im Rat der Stadt Hannover die komplette Streichung der Fördergelder für das lokale SCHLAU Projekt, weil es „sich bei der Stadt Hannover um eine aufgeklärte, weltoffene Stadt handelt“ und die Förderung der Interessen einer kleinen Personengruppe unsozial und einseitig sei.

Nico Kerski

Landesverband SCHLAU
Niedersachsen e.V.

¹Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2017) Einstellungen gegenüber Lesben, Schwulen und Bisexuellen in Deutschland. Ergebnis einer bevölkerungsrepräsentativen Umfrage. (https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Umfragen/Handout_Themenjahrumfrage_2017.html)

Subsidiaritätsprinzip in Gefahr

Mitgliederversammlung des Paritätischen fordert: Gleiche Rechte für alle Menschen!



Die Vorsitzende Birgit Eckhardt (rechts) begrüßt die 37. Mitgliederversammlung, mit ihr auf dem Podium (von links): Kurt Spannig und Ulla Klapproth (beide Vorsitz Verbandsrat) sowie Rainer Flinks (stellv. Vorsitzender Paritätischer Niedersachsen).

„Jeder Mensch ist anders“, sagt Birgit Eckhardt, Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. „Aber alle Menschen haben die gleichen Rechte.“ Dieses Grundverständnis einer gerechten Gesellschaft hat die Mitgliederversammlung des Paritätischen am 17.11.2018 in Hannover bekräftigt. Das höchste Gremium des Verbands hat das Positionspapier „Inklusion – für alle Menschen“ verabschiedet.

Mit drei gut besuchten Fachveranstaltungen hat der Landesverband des Paritätischen im Laufe des Jahres das Thema Inklusion aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet. In allen im Laufe des Jahres geführten Diskussionen und Workshops konkretisierte sich das paritätische Verständnis von

Inklusion heraus: Begriffe wie Inklusion und Integration beziehen sich nicht nur auf Menschen mit Behinderungen oder Menschen mit Migrationshintergrund, sondern letztlich auf jedes Individuum. Eine soziale Gesellschaft muss daher allen Menschen Wahlmöglichkeiten in Bezug auf Zugang und Teilhabe bieten und angemessene Rahmenbedingungen dafür schaffen. „Wir müssen Verschiedenheit als Norm anerkennen und als Bereicherung sehen“, sagt Birgit Eckhardt. Das Positionspapier finden Sie auf den folgenden Seiten dieses Heftes.

An der 37. Mitgliederversammlung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. im Hannover Congress Centrum haben Vertreterinnen und Vertreter der mehr



Überbrachte die Grüße der Landesregierung und positionierte sich bei der Diskussionsrunde: Heiger Scholz, Staatssekretär im niedersächsischen Sozialministerium.

als 860 im Verband organisierten Mitgliedsorganisationen teilgenommen. Auch etliche Ehrengäste aus Politik, Verwaltung und Verbandswesen sowie Vertreterinnen und Vertreter von Partnerorganisationen aus Russland, Polen und der Ukraine besuchten die Mitgliederversammlung. In ihrer Begrüßung rief Birgit Eckhardt die Politik dazu auf, sich mehr für die soziale Arbeit vor Ort einzusetzen. „Die freien Träger leisten eine unverzichtbare Arbeit“, sagte die Vorsitzende des Paritätischen. Aber das Subsidiaritätsprinzip sei vielerorts in Gefahr, wenn Kommunen und Privatunternehmen Leistungen übernehmen, die bisher Aufgabe von freien Trägern waren – Stichpunkte Schulsozialarbeit und Kindertagesstätten. Nicht zuletzt bleibe dabei das Ehrenamt auf der Strecke. „Und wie soll soziale Arbeit ohne Ehrenamt funktionieren?“



Nach den Vorträgen und Grußworten diskutierten (von links) Georg Steimann, Geschäftsführer der gemeinnützigen Gesellschaft für Paritätische Sozialdienste mbH Hannover, Heiger Scholz, Staatssekretär im niedersächsischen Sozialministerium, Imke Schmieta, Geschäftsführerin der Niedersächsischen AIDS-Hilfe und Prof. Dr. Ingo Bode. Uwe Kreuzer, Referent für Grundsatzfragen beim Paritätischen Niedersachsen, moderierte.



Referierte und diskutierte:
Sozialwissenschaftler Prof. Dr. Ingo Bode.

Über dieses Thema referierte auch Prof. Dr. Ingo Bode, Sozialwissenschaftler an der Universität Kassel und renommierter Fachmann für die Strukturen des Sozialstaats. Unter dem Titel „Wohlfahrtspflege und Sozialstaat im 21. Jahrhundert – Tugenden und Tücken einer Langzeitpartnerschaft“ benannte er die Stellen, an denen es im Verhältnis der beiden Akteure zunehmend zu Störungen kommt. In einer anschließenden Diskussionsrunde vertieften Heiger Scholz, Staatssekretär im niedersächsischen Sozialministerium, Imke Schmieta, Geschäftsführerin der Niedersächsischen AIDS-Hilfe und Georg Steimann, Geschäftsführer der gemeinnützigen Gesellschaft für Paritätische Sozialdienste mbH Hannover, das Thema.

Im internen Teil entlasteten die anwesenden Delegierten Vorstand und Verbandsrat für die geleistete Arbeit im zurückliegenden Berichtszeitraum 2016/2017. Der Verbandsrat, das Aufsichtsgremium des Paritätischen, ist noch für zwei weitere Jahre im Amt, 2020 wird neu gewählt.

Uwe Kreuzer
Referent für Grundsatzfragen
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.

Besondere Würdigung in Gold und Silber

Paritätischer Niedersachsen vergibt neues Ehrenzeichen



Birgit Eckhardt verleiht das neue paritätische Ehrenzeichen an (von links) Günter Famulla, Bernd Göddertz und Gunther Mühge.

Im Rahmen der Mitgliederversammlung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. wurde Günter Famulla das neue Goldene Ehrenzeichen des Verbandes verliehen. Günter Famulla, der seine Tätigkeit beim Paritätischen 1979 begann, war in der Zeit von 1997 bis 2009 dessen hauptamtlicher Vorsitzender. Er hat mit seinem Wirken nicht nur den

wurde Günter Famulla 2010 das Verdienstkreuz erster Klasse der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Der Paritätische ehrte anlässlich der Mitgliederversammlung auch zwei weitere Persönlichkeiten: Bernd Göddertz engagiert sich seit 1988 ehrenamtlich in den Strukturen des Verbandes. Zunächst gehörte er dem

Dafür erhielt Bernd Göddertz das Goldene Ehrenzeichen des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. Gunther Mühge, unter anderem stellvertretender Vorsitzender des Eilenriedestift e.V. und von 2010 bis Ende 2017 Mitglied des Stiftungsrats der paritätischen Stiftung Transpuri, bekam für sein langes Engagement für den Verband das Silberne Ehrenzeichen verliehen.



Das neue Ehrenzeichen des Paritätischen Niedersachsen in Gold und Silber.

Paritätischen maßgeblich geprägt, sondern auch die politische Landschaft in Niedersachsen. Die Kontakte in die Partnerregionen in Polen und Russland gehen ebenfalls auf ihn zurück. Seit 2010 ist Günter Famulla Ehrenvorsitzender des Paritätischen und war bis Mitte 2017 zudem Vorsitzender des Eilenriedestift e.V. Für sein Wirken um ein soziales Niedersachsen

ehrenamtlichen Landesvorstand an, seit der Verbandsreform Mitte der neunziger Jahre dem Verbandsrat bis heute. Außerdem ist er seit 20 Jahren als Vertreter seines Vereins Asyl e.V. Vorsitzender des Beirats des paritätischen Kreisverbands Hildesheim, hat sich im Paritätischen Jugendwerk stark engagiert und die deutsch-polnische Verständigung vorangetrieben.

Auch außerhalb der Mitgliederversammlung bekamen Vertreterinnen und Vertreter paritätischer Mitgliedsorganisationen das neue Ehrenzeichen verliehen. Helga Neumann, seit 1977 Mitglied im Landesvorstand des Blinden- und Sehbehindertenverbands Niedersachsen e.V. und seit 1998 dessen Vorsitzende, erhielt das Goldene Ehrenzeichen. Für ihre lange Arbeit im Vorstand der Lebenshilfe Wolfsburg e.V. wurden Christine Preschel und Gerhard Wende (von 2006 bis 2015 auch Vorstandsvorsitzender) mit dem Silbernen Ehrenzeichen geehrt.

*Uwe Kreuzer
Referent für Grundsatzfragen
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.*

Inklusion – für alle Menschen

Verständnis des Paritätischen und seiner Mitgliedsorganisationen von Inklusion



Breite Zustimmung: Die Mitgliederversammlung verabschiedet das Positionspapier „Inklusion – für alle Menschen“.

Wesentlich für unser Verständnis von Inklusion sind neben der UN-Behindertenrechtskonvention auch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) sowie die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK). Folgender Gedanke ist für uns der zentrale Anknüpfungspunkt: Hemmnisse und Behinderungen manifestieren sich nicht allein in der jeweiligen Person. Sie ergeben sich erst im Zusammenspiel mit behindernden Rahmenbedingungen und Strukturen.

In diese Überlegung beziehen wir ausdrücklich ALLE Lebens- und Arbeitsbereiche mit ein. Wir verstehen Inklusion grundsätzlich als ein gesellschaftliches Leitbild, das allen Menschen gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht - unabhängig von (sozialer) Herkunft, Sprache, Religion, sexueller Identität, Alter, Geschlecht, Behinderung, Erkrankung oder anderen individuellen Faktoren. Inklusion ist damit ein Haltungs- und Handlungsansatz.

In Abgrenzung zum Begriff der Integration geht nach unserem Verständnis Inklusion einen entscheidenden Schritt weiter: Wo Integration auf die Unterstützung und Befähigung Einzelner bei ihrem Zugang zu Teilhabe setzt, nimmt ein inklusiver Ansatz die Strukturen und Rahmenbedingungen in den Blick

und versucht, diese entsprechend zu verändern. Damit geht ein anderes Menschenbild einher: Nicht mehr die oder der Einzelne soll verändert und „passend gemacht“ werden. Vielmehr wird Verschiedenheit als Norm anerkannt und als Bereicherung gesehen.

Das vorausgesetzt, stellt sich die Frage, wie alle Menschen an der notwendigen Veränderung der strukturellen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen mitarbeiten und teilhaben können. Eine inklusive Gesellschaft bietet allen Menschen Wahlmöglichkeiten in Bezug auf Zugang und Teilhabe sowie angemessene Rahmenbedingungen. Sie verhindert gleichzeitig wirksam Ausgrenzung und Diskriminierung – sowohl einzelner Personen als auch ganzer (ethnischer, religiöser) Gruppen.

Insofern stehen wir in unserer Gesellschaft, aber auch in den unterschiedlichen Arbeitsfeldern der sozialen Arbeit (wie zum Beispiel der Kinder- und Jugendhilfe, in Kindertagesstätten, am Arbeitsplatz) vor einer gewichtigen Aufgabe: Wir müssen vorhandene Hemmnisse und Hindernisse identifizieren und analysieren und anschließend entsprechende Veränderungen vornehmen. Hierfür benötigt es wiederum neue Denkansätze, Flexibilität und Ressour-

cen – finanziell und personell. Insbesondere bedarf es der hierfür notwendigen Haltung. Darüber hinaus müssen der rechtliche Bezugsrahmen angepasst und die zu Grunde liegenden individuellen Rechtsansprüche gestärkt werden.

Diese Aufgabe steht aus unserer Sicht nicht im Widerspruch dazu, dass es weiterhin in einzelnen Funktionsbereichen adressatenspezifischer Angebote bedarf. Das gilt zumindest, bis die Vision einer wirklich inklusiven Gesellschaft erfüllt ist und in den einzelnen Bereichen hierfür die Rahmenbedingungen geschaffen sind. Hierbei gilt für uns die Maxime: So viel soziale Inklusion wie möglich. So viele adressatenspezifische Angebote wie notwendig.

Im Mittelpunkt müssen hierbei stets die Bedarfe und Bedürfnisse der einzelnen Menschen stehen. Insofern gilt es, diese bei allen Schritten aktiv einzubeziehen und zu beteiligen. Nur so kann der nunmehr begonnene Prozess, an dessen Anfang wir stehen, zum Erfolg geführt werden.

Verabschiedet von der Mitgliederversammlung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. am 17. November 2018 in Hannover.



„Ich will
nicht abtauchen, sondern
gewinnen!“

Jeder Mensch hat das Recht auf Teilhabe – unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, sozialer oder ethnischer Herkunft, Alter, Religion oder Weltanschauung, sexueller Identität, materieller Situation, Behinderung, Beeinträchtigung, Pflegebedürftigkeit oder Krankheit. Nur wer seine Rechte kennt, kann auch für sie kämpfen. Wir stehen an Eurer Seite.

www.mensch-du-hast-recht.de

70 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.



**MENSCH,
DU HAST
RECHT!**



DER PARITÄTISCHE

Auf dem Weg zu einem inklusiven SGB VIII

Gemeinsamer paritätischer Fachtag der Behindertenhilfe und Erziehungshilfe

Dass Erziehungs- und Behindertenhilfe in der Praxis oftmals mit der gleichen Klientel arbeiten und ähnliche Ziele verfolgen ist zumindest für die Praktikerinnen und Praktiker vor Ort nichts Neues. In der täglichen Arbeit stoßen sie aber immer wieder auf scheinbar unüberbrückbare Hindernisse – Strukturen, Hilfeplanungen und Handlungslogiken wirken auf den ersten Blick ebenso wie die Beantragungspraktiken miteinander unvereinbar. Obwohl entsprechend der gültigen Gesetzeslage die Kinder- und Jugendhilfe grundsätzlich dafür da ist, Kinder, Jugendliche und ihre Familien in schwierigen Lebenssituationen zum Beispiel mit sozialpädagogischen Maßnahmen zu unterstützen, gestaltet sich oftmals gerade die Verzahnung mit der Behindertenhilfe als schwierig. Wie können die beiden Bereiche dennoch sinnvoll zusammen geführt werden?

Ein Versuch seitens der Politik, die beiden Systeme zu vereinheitlichen – die inklusive Weiterentwicklung des SGB VIII – ist zunächst gescheitert, trotzdem mehren sich die Signale, dass die Bundesregierung in dieser Wahlperiode einen weiteren Anlauf nehmen wird. Zudem wurde das Bundesteilhabegesetz verabschiedet und ist am 01.01.2018 bereits teilweise in Kraft getreten. Doch was kommt davon in der Praxis an, und welche Chancen und Risiken bestehen für die Arbeit vor Ort? Mit diesen Fragen haben sich am 23.10.2018 die rund 80 Teilnehmenden des Fachtags „Auf dem Weg zu einem inklusiven SGB VIII – Behindertenhilfe und Jugendhilfe gemeinsam in die richtige Richtung“ auseinandergesetzt, den die Fachbereiche Behindertenhilfe und Erziehungshilfe des Paritätischen Wohlfahrtsverbands

Niedersachsen e.V. gemeinsam organisiert hatten, und der von der Glücksspirale gefördert wurde.

Der Tag startete mit dem Vortrag von Gila Schindler von der KASU – Kanzlei für soziale Unternehmen. Aus juristischer Perspektive stellte sie heraus, „warum es so schwer fällt“ und legte den Fokus auf unterschiedliche Zugänge, Handlungslogiken und Finanzen



Prof. Dr. Holger Ziegler von der Universität Bielefeld forderte alle Anwesenden auf, darauf zu achten, dass bei der anstehenden Reform die Menschen und nicht finanzielle Einsparungen im Mittelpunkt stehen.

zungssysteme, die in beiden Bereichen kaum kompatibel erscheinen. „Was in der Schnittstelle zwischen Jugendhilfe und Sozialhilfe allmählich verstanden wurde – eine Trennung zwischen erzieherischem und Teilhabebedarf ist nicht möglich, sondern Teilhabe nimmt die ganze Person in den Blick und muss innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe noch nachvollzogen werden“, erklärte sie. Sie vollzog den bisher verlaufenden Reformprozess nach und kennzeichnete Punkte, auf die es bei der Neuaufnahme ankommt: echte Beteiligung der Fachleute (aus allen Bereichen) und zielführende Prozesse, die eine gewinnbringende Zusammenführung der Bereiche ermöglichen.

Im Anschluss erläuterte Prof. Dr. Holger Ziegler von der Universität Biele-

feld aus seiner sozialpädagogischen Sicht die Unwägbarkeiten, die mit dem Reformprozess einhergehen und forderte alle Anwesenden auf, darauf zu achten, dass bei der anstehenden Reform die Menschen und nicht finanzielle Einsparungen im Mittelpunkt stehen. Der Nachmittag war dem praktischen Austausch gewidmet: Die Teilnehmenden diskutierten intensiv die fachlichen und praktischen Fragen und Herausforderungen in den einzelnen Workshops, deren Themenpalette von „Ambulanten Hilfen“, „Schulbegleitung“ und „Systemsprengern“ bis hin zum Thema „Wohnen“ reichte.

Als Abschluss des Tages machte Georg Schäfer vom Jugendamt Celle den Anwesenden Mut: Er berichtete von den Möglichkeiten für ein produktives Miteinander, die bereits unter den gegebenen Rahmenbedingungen genutzt werden können. Dieses können die Finanzierung von niedrigschwelligen Lerngruppen zur Hilfe bei diagnostizierten Teilleistungsstörungen, kriminalpräventive Projekte (z.B. „Pro Kids“ oder „For youth“ des Albert-Schweitzer-Familienwerks e.V.) oder auch ein Elterntaining in einer (teil)offenen Gruppe sein, das für alle Betroffenen einen unkomplizierten Zugang ermöglicht und durch die Jugendhilfe finanziert wird.

Nach diesem ermutigenden Schlusssapell war der einhellige Tenor der Teilnehmenden: „Alles nicht so einfach, aber absolut erstrebenswert, sinnvoll und notwendig!“

*Wibke Behlau
Referentin Erziehungshilfe
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.*

Mit Respekt und Toleranz auf dem Weg zur Umsetzung des BTHG Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) und die neue Eingliederungshilfe bis 2020

Mit dem Bundesteilhabegesetz (BTHG) ist zum 1.1.2017 ein komplexes Gesetzeswerk in Kraft getreten, welches bis 2023 stufenweise umgesetzt wird und einen großen Veränderungsprozess in der Eingliederungshilfe in Gang gesetzt hat. Es regelt die Leistungen und Verfahren der Eingliederungshilfe neu und führt damit in den kommenden Jahren zu einer Systemumstellung für Einrichtungen und Dienste der Behindertenhilfe. Der Gesetzgebungsprozess spielt für alle Beteiligten eine große Rolle, so auch für die paritätische Mitgliedsorganisation Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung gGmbH in Hannover.

Erstmalig gibt es mit dem BTHG ein Gesetz, welches die Lebenssituation von Menschen mit Behinderung verbessern soll, für ihre gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe eintritt und das Wunsch- und Wahlrecht ausdrücklich stärkt. Die in der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) formulierten Rechte von Menschen mit Behinderung und damit ihre Position in der Gesellschaft sollen gestärkt und die Eingliederungshilfe insgesamt zu einem modernen Teilhaberecht weiterentwickelt werden. Wünsche und Interessen der Menschen mit Behinderung werden durch den personenzentrierten Ansatz und den Aspekt der Individualisierung noch stärker als bislang im Mittelpunkt des Handelns stehen.

Im Fokus steht dabei für die Lebenshilfe Hannover besonders der Personenkreis der Menschen, die behinderungsbedingt nicht oder nur eingeschränkt in der Lage sind, sich selbst zu vertreten. Menschen mit sogenannter „geistiger Behinderung“



Peer-Informationsveranstaltung zum Bundesteilhabegesetz in Leichter Sprache in der Lebenshilfe Hannover.

sind oft kognitiv nicht in der Lage, Verhandlungen, in denen es um ihre Zukunftsperspektive geht, inhaltlich zu folgen und sich der Tragweite oftmals weit in die Zukunft reichender Entscheidungen bewusst zu sein.

Für die Lebenshilfe Hannover bedeutet das, ihren Auftrag wahrzunehmen, Menschen mit Behinderung in ihrer Selbstvertretung verstärkt zu unterstützen. In diesem Sinne setzt sie sich mit der Umsetzung ihres Aktionsplans Inklusion und Teilhabe für eine uneingeschränkte Teilhabe aller Menschen mit Behinderung ein. Beschäftigte an der Basis leisten in der Lebenshilfe Hannover dazu einen wesentlichen Beitrag. Ihr hohes fachliches wie persönliches Engagement in der tagtäglichen Arbeit mit den Menschen mit Behinderung in unterschiedlichen Betreuungs- und Assistenzsettings hat nicht nur intern einen hohen Stellenwert, sondern wirkt auch verstärkt nach außen.

Für die Lebenshilfe Hannover ist es besonders wichtig, nicht nur die Diskussion um Leistungen teilhabeorientierter Förderung in den Blick zu nehmen, sondern im Sinne von

Selbstvertretungspotenzial elementares Wissen über das Bundesteilhabegesetz für die Menschen mit sogenannter „geistiger Behinderung“ erfahrbar zu machen. Dazu haben Menschen mit und ohne Behinderung aus der AG „Respekt und Toleranz“ aus der Wohnstätte Villa Beindorff der Lebenshilfe Hannover eine interaktive Informationsveranstaltung zum Thema „Das Bundesteilhabegesetz in Leichter Sprache und Was hat das mit mir zu tun?“ erarbeitet und in mehreren Veranstaltungen für Menschen mit sogenannter „geistiger Behinderung“ vorgestellt. Neben Informationen in Leichter Sprache trägt besonders das Spiel zum Abschluss „Was brauche ich für ein gutes Leben?“ dazu bei, die Vorgaben aus dem BTHG ganz konkret und praktisch erfahrbar zu machen. Die Präsentationsmaterialien können in der Lebenshilfe Hannover angefragt werden – weitere Infos und Kontakt auf www.lebenshilfe-hannover.de.

Angelika Schwager
Projektleiterin Aktionsplan Inklusion und Teilhabe
Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung gGmbH Hannover

Erfolgreiche Schulung zum Sicherheitsbeauftragten Delme-Werkstätten lassen Beschäftigte mit Behinderung ausbilden

Fünfzehn Beschäftigte mit Behinderung der paritätischen Mitgliedsorganisation Delme-Werkstätten gemeinnützige GmbH haben erfolgreich ein zweitägiges „Grundseminar für Sicherheitsbeauftragte in der WfbM“ (Werkstatt für behinderte Menschen) absolviert und dafür ein Zertifikat erhalten. Sie werden ab sofort in der Delme neben ihrer normalen Arbeitstätigkeit als Sicherheitsbeauftragte aktiv sein. Die Seminarleitung hatten Dr. Inga Fokuhl und Susanne Stolle von den Präventionsdiensten der BGW (Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege), Bezirksstelle Delmenhorst, inne. Organisiert wurde die Schulung von Karl-Heinz Köster, der in den Delme-Werkstätten als Fachkraft für Arbeitssicherheit (SiFa) tätig ist. Geschäftsführerin Nahid Chirazi gratulierte allen Teilnehmenden zu ihrem Erfolg und dankte für ihr Engagement.

Manchmal ist es ganz banal und eine Bananenschale auf dem Werkstattfußboden kann ausreichen, um Menschen am Arbeitsplatz zu gefährden, wenn nicht Sicherheitsbeauftragte darauf ein Augenmerk haben und Unfälle zu verhindern wissen. Anhand solch plastischer Beispiele haben die BGW-Seminarleiterinnen die Teilnehmenden auf ihre neue Aufgabe als Sicherheitsbeauftragte in der Werkstatt vorbereitet. Weitere Themen waren die Aufgaben und Rechte von Sicherheitsbeauftragten, die Bedeutung von Sicherheitszeichen und das Kennenlernen von wichtigen Ansprechpersonen und Organisation des Arbeitsschutzes in den Delme-Werkstätten. Es wurde eine Betriebsbegehung in der Delme-Werkstatt Bassum durchgeführt. Dafür wurden

vorab die Regeln gelernt und hinterher eine Auswertung vorgenommen.

Die Aufgabe von Sicherheitsbeauftragten ist es, Vorgesetzte auf Arbeits- und Gesundheitsgefahren hinzuweisen, Kolleginnen und Kollegen über Gefährdungen zu informieren, Anregungen zur Verbesserung des Arbeitsschutzes zu geben und im Arbeitsschutzausschuss (ASA) mitzuwirken. Oder, wie es SiFa Karl-Heinz Köster formuliert: „Ziel aller Beteiligten ist es, das Unfallrisiko möglichst gering zu halten und Belastungen weiter zu reduzieren. Sicherheitsbeauftragte übernehmen bei dieser Zielstellung eine wichtige Rolle!“

Die Delme-Werkstätten lassen sich seit 2010 nach MAAS-BGW (Managementanforderungen der BGW zum Arbeitsschutz) zertifizieren. Für alle Mitarbeitenden, mit oder ohne Be-

hinderung, wird durch Persönliche Schutzausrüstungen (PSA), bereits durch 23 vorhandene Sicherheitsbeauftragte (Gruppenleitungen) in allen Werkstattstandorten, die Koordination der Fachkraft für Arbeitssicherheit und über den Arbeitsschutzausschuss für eine sichere Arbeitsumgebung gesorgt. Nachdem bereits zwei Beschäftigte mit Behinderung erfolgreich an einer externen Schulung dieser Art teilgenommen und seitdem als Sicherheitsbeauftragte in der Werkstatt Sulingen unterstützen, war dies die erste Inhouse-Schulung. Damit erweitern die Delme-Werkstätten ihr Qualifizierungsangebot und stärken gleichzeitig den Arbeitsschutz.

*Ute Stollreiter
Unternehmenskommunikation und
Öffentlichkeitsarbeit
Delme-Werkstätten
gemeinnützige GmbH*



Stolz nach bestandenem Seminar, hinten von links: Seminarleiterin Susanne Stolle, Christian Doedt, Heiko Drews, Carsten Witte, Ricardo Holz, Sascha Titkemeier, Peter Baumann, Martina Heitmann, Gruppenleiter Michael Sandmann, Seminarleiterin Dr. Inga Fokuhl, Andreas Schneider und SiFa Karl-Heinz Köster sowie vorne von links Manfred Hunger, Götz Kahle, Marc Curth und Janina Fontein. Nicht auf dem Bild sind die zwei weiteren neuen Sicherheitsbeauftragten Steffen Hösterey und Jacob Blasius.

Foto: Delme-Werkstätten gGmbH

Inklusives Wohnprojekt „Bunte Hanse“ in Lüneburg

Individuelles Wohnen in einer lebendigen Hausgemeinschaft kann verwirklicht werden

Die paritätische Mitgliedsorganisation Lebenshilfe Lüneburg-Harburg gemeinnützige GmbH bietet in der Hansestadt Lüneburg und im Landkreis Lüneburg und Harburg insgesamt 271 Menschen mit geistiger Behinderung Wohnplätze in Wohnhäusern und Wohngruppen. Zusätzlich werden 185 Personen ambulant in der eigenen Wohnung begleitet. Ende September 2018 wurde ein neues Wohnprojekt in Lüneburg bezogen: Das inklusive Wohnhaus „Bunte Hanse“, in dem Menschen mit und ohne Behinderung in eigenen Wohnungen unter einem Dach leben. Im Lüneburger Hanseviertel, einem jungen neuen, sich dynamisch entwickelnden Stadtteil, entstand auf einem 1550 m² großen Grundstück ein moderner ansprechender Neubau mit 22 barrierearmen und -freien Wohnungen in unterschiedlicher Größe. Individuelles Wohnen in einer lebendigen Hausgemeinschaft kann so verwirklicht werden. Die Kosten belaufen sich auf 2,9 Millionen Euro.

Das Bundesteilhabegesetz, das bis 2020 in mehreren Schritten umgesetzt wird, gibt den Rahmen vor, damit Menschen mit Behinderung selbstbestimmt leben können. Das bedeutet, dass es in ihrer Entscheidung liegt, ob sie in einer Einrichtung oder eigenständig in einer Wohnung leben wollen. Bezahlbare Wohnungen sind derzeit noch verstreut in Stadt und Landkreis, wenn sie denn überhaupt zu bekommen sind. Mit dem neuen Angebot wird individuelles, privates Wohnen und Begegnung unter einem Dach angeboten.

Die Mieten in dem inklusiven Wohnhaus werden in Höhe dessen sein, was über Wohngeld abgedeckt ist. Als gemeinnützige GmbH darf die Lebenshilfe Lüneburg-Harburg mit dem Projekt keine Gewinne erzielen. Lediglich für die Instandsetzung muss Geld erwirtschaftet werden. Die 22 Wohnungen unterschiedlichen Zuschnitts sind 40 bis 73 Quadratmeter groß mit bis zu drei Zimmern.

Alle Wohnungen sind mit einem Balkon oder einer Terrasse ausgestattet und können von ein, zwei oder drei Personen genutzt werden. Dies ist bei mehreren Personen als Wohngemeinschaft, als Paar oder Familie denkbar. Das Haus ist barrierefrei und mit Fahrstuhl ausgestattet. Außerdem wurde es im KfW-55-Standard errichtet, sodass geringe Nebenkosten für die Mieter zu erwarten sind. Vorrang hatten solche Mieter, die kein Auto haben und den Öffentlichen Personennahverkehr nutzen.

Zum Konzept gehört auch eine lebendige Nachbarschaft. Das bedeutet, dass sich die Bewohner im täglichen Leben unterstützen und es Kontakte zum sozialen Umfeld gibt. Als Begegnungsort und für Veranstaltungen soll dazu auch ein großer Gemeinschaftsraum dienen, für den es im Haus einen Ansprechpartner gibt, den sogenannten Quartiersmanager. So sollen Brücken zu den Nachbarn geschlagen werden.

Das Budget war sehr eng, weil bis auf den über die Aktion Mensch geförderten Gemeinschaftsraum alles aus Eigenmitteln und Krediten finanziert werden musste. Lediglich die Stiftung der beiden Lebenshilfe Vereine Lüneburg und Landkreis Harburg „Die Stifter für Menschen mit Handicap in der Region“ unterstützte das Wohnprojekt mit 24.000 Euro. Die Kosten des Quartiermanagers werden für drei Jahre durch die Aktion Mensch gefördert.



Gruppenfoto zur Eröffnung des inklusiven Wohnprojekts „Bunte Hanse“, von links: Maylien Bürgel (Bewohnerin), Volker Uelpenich (Technischer Leiter), Martina Warnecke (Bewohnerin), Michael Gerken (Bewohner), Frank Müller (Geschäftsführer Lebenshilfe), Antje Lange (vorne, Bewohnerin), Alexander Böhm (Bewohner), Kerstin Backhaus (Bewohnerin), Ulli Goertzen (Bewohner) und Tomasz Ziolkowski (Sozialraummanager „Bunte Hanse“).

Frank Müller
Geschäftsführer
Lebenshilfe Lüneburg-Harburg
gemeinnützige GmbH

Neuer CP-Raum im Sozialpädiatrischen Zentrum Hannover

Spende ermöglicht modernste Gerätetherapie für Kinder mit schweren Behinderungen

Das Sozialpädiatrische Zentrum (SPZ) Hannover, eine Einrichtung der paritätischen Mitgliedsorganisation Stiftung Hannoversche Kinderheilstätte, wurde Dank einer Spende der Dres. Gerhard und Ruth Nienaber-Stiftung mit modernsten medizinischen Therapiegeräten ausgerüstet. Der CP-Raum wurde vor kurzem in Betrieb genommen (CP = Cerebralparese). Kinder und Jugendliche mit eingeschränkter Bewegungsfähigkeit im Rahmen von zerebralen Bewegungsstörungen, Erkrankungen des Rückenmarks, neuromuskulären Erkrankungen sowie der Glasknochenkrankheit profitieren davon, wie auch Patientinnen und Patienten mit Entwicklungsauffälligkeiten in der Körperkoordination und Wahrnehmung oder mit Kontinenz- und Obstipationsproblemen.

„Das medizinische Gerätetraining ist in Verbindung mit den im SPZ bereits etablierten Methoden besonders effektiv sowie kindgerecht und hochmotivierend“, sagt Dr. Hendrik Langen, neuer Einrichtungsleiter des SPZ Hannover. Mithilfe der neuen Geräte wurde es ermöglicht, ein differenziertes, interdisziplinäres Behandlungskonzept unter Verwendung modernster Therapiegeräte sowie einer Videoganganalyse zu entwickeln. Der CP-Raum hat folgende neue Therapiegeräte:

Tyromotion® sensorbasierte computergestützte Rehabilitationsgeräteeinheit: Mit an den Armen und Beinen angebrachten Einzelsensoren sowie einem Multiball und einem Multi-board können sowohl ein- als auch zweidimensionale Bewegungen auf dem Bildschirm visualisiert werden. Die Geräteeinheit bietet zusätzlich

die Möglichkeit, Spiele im Stand, in der Stütze oder im Sitzen durch Gewichtsverlagerung bzw. Be- und Entlastung anzusteuern.

Arme und Beine. Kraft, Ausdauer und Koordination können damit deutlich verbessert werden. Muskeln von Armen und Beinen werden gekräftigt,



Eva übt am Tyromotion®, einer sensorbasierten computergestützten Rehabilitationsgeräteeinheit.

Foto: Mack/BULT

Sprintex® Laufband (mit Korsettsystem zur Gewichtsentlastung): Dieses Laufband ist speziell für eine statische Lokomotionstherapie konzipiert worden. Die Grundfertigkeiten des Gehens, der Balance und der Kraft können aufgebaut und die Beweglichkeit der Patienten verbessert werden.

Galileo® Vibrationstraining als Ganzkörpertraining: Die Trainings-Vibrationsplatte bewirkt eine Kipp-Bewegung des Beckens wie beim Gehen. Leistung, Kraft, Koordination und Funktion der Muskeln sowie Flexibilität der Muskulatur, Körperwahrnehmung, Ausdauer und Knochenstoffwechsel werden neben dem Beckenbodentraining verbessert.

Motomed® motorunterstütztes Trainingsgerät für Arme und Beine: Das Motomed ist eine Art Tretfahrrad für

Restkräfte entdeckt und gefördert. Ein Nebeneffekt der Beinarbeit am Gerät ist eine oft deutliche Anregung der Verdauung.

Dartfish® Videoganganalyse: Zur Beurteilung eines Therapieverlaufs bei Patienten mit Bewegungsstörungen inklusive der Cerebralparese kann mit Hilfe der Videoganganalyse über zwei Videokameras und mittels einer differenzierten Auswertungssoftware eine standardisierte Analyse durchgeführt werden.

*Björn-Oliver Bönsch
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Stiftung Hannoversche Kinderheilstätte*

„your Health – your Rights“

Integratives Gesundheitsprojekt für Migrantenfamilien in Niedersachsen



Gesprächsrunde für Frauen im geschützten Raum: In spielerisch-unterhaltsamer Atmosphäre können selbst heikle Themen angesprochen werden. Foto: Aidshilfe Niedersachsen

Migrierten und geflüchteten Menschen fällt es nicht leicht, sich in unserem Gesundheits- und Hilfesystem zurechtzufinden. Einen Flyer lesen, eine Beratungsstelle aufsuchen, zu einem öffentlichen Vortrag gehen? Sprachbarrieren und kulturelle Prägungen verhindern das häufig. Insbesondere Frauen werden mit der herkömmlichen Informationsvermittlung schlecht erreicht – obwohl sie eine zentrale Rolle für die Gesundheit der gesamten Familie, aber auch in der Community spielen.

Die paritätische Mitgliedsorganisation Aidshilfe Niedersachsen Landesverband e.V. (AHN) hat in den vergangenen drei Jahren ein niedrigschwelliges Format erprobt und erfolgreich evaluiert: Mit dem „Interkulturellen Familiengesundheitstag“ ist es gelungen, generations-, kultur- und geschlechterübergreifend schwer erreichbare multikulturelle Zielgruppen anzusprechen. Dieser Ansatz soll jetzt in die Praxis der kommunalen Gesundheits-, Präventions- und

Flüchtlingsarbeit in Niedersachsen verankert werden.

Das Niedersächsische Sozialministerium hat der AHN Landesmittel zur Verfügung gestellt für das integrative Projekt „your Health – your Rights“: Projektleiterin Ingrid Mumm soll in Zukunft möglichst viele Kommunen – insbesondere im Norden und Westen des Landes – dabei unterstützen, niedrigschwellige Informationsstrukturen auf der Basis der Interkulturellen Familiengesundheitstage zu entwickeln und dauerhaft in die regionalen Handlungskonzepte zu übernehmen.

„Die Koordinierenden für Migration und Teilhabe spielen dabei eine zentrale Rolle. Sie wissen am besten, auf welche Besonderheiten im Landkreis, in der Stadt oder Gemeinde geachtet werden muss, welche Akteure und Netzwerke vor Ort unbedingt eingebunden werden sollten“, betont Ingrid Mumm. Sie steht den Kommunen mit Expertise, einem Netzwerk aus geeigneten Referent/-innen und

Sprachmittler/-innen und bewährten Materialien zur Seite. Es haben bereits diverse Kommunen Interesse angemeldet.

Um die Hemmschwelle für eine Teilnahme möglichst niedrig zu halten, wird bei einem Interkulturellen Familiengesundheitstag die gesamte Familie eingeladen. Für jedes Familienmitglied gibt es ein eigenes Programm. Auf diese Weise entstehen geschützte Räume für Mädchen und Frauen, für Männer und Väter sowie deren heranwachsende Söhne. In spielerisch-unterhaltsamer Atmosphäre können selbst heikle Themen angesprochen werden. Die inhaltliche Ausrichtung der Familiengesundheitstage hängt entscheidend von den jeweiligen Fragen und Bedürfnissen der Teilnehmenden ab.

Ziel ist es, Flüchtlings- und Migrantenfamilien aus allen Kulturkreisen wirksam dabei zu unterstützen, den Zugang zu den Gesundheits- und Versorgungsstrukturen vor Ort zu finden, diese selbstbestimmt zu nutzen, aber auch andere Familien kennen zu lernen und idealerweise als Multiplikator/-in aktiv zu werden. Gleichzeitig bieten die Interkulturellen Familiengesundheitstage den kommunalen Akteuren vielfältige Möglichkeiten, um sich noch besser auszutauschen und zu vernetzen, optimale Kommunikationsstrukturen zu schaffen und Synergien zu nutzen.

Ingrid Mumm
 Projektleitung
 „your Health – your Rights“,
 Aidshilfe Niedersachsen
 Landesverband e.V.

„Wegweisende Entscheidung für zeitgemäße Ausbildung“

Neues Berufsbildungszentrum der Lebenshilfe Braunschweig schafft Perspektiven

Potenziale entdecken und Perspektiven schaffen – das sind Grundlagen der Arbeit der paritätischen Mitgliedsorganisation Lebenshilfe Braunschweig gemeinnützige GmbH. Vor allem die Zukunft von jungen Menschen mit Beeinträchtigung ist entscheidend davon abhängig, ob sie eine qualifizierte Ausbildung erhalten. Deshalb hat sich der Verein Lebenshilfe Braunschweig e.V. entschieden, ein neues Berufsbildungszentrum zu bauen. Vorsitzender Dr. Hans-Joachim Beinroth betont: „Das ist eine wegweisende Entscheidung gewesen, um jungen Menschen eine zeitgemäße Ausbildung in einer attraktiven Ausbildungsstätte zu bieten. Zudem wird lebenslanges Lernen mit vielseitigen Weiterbildungsmaßnahmen ermöglicht.“

Entstanden ist ein dreiflügeliges helles Gebäude in der Fabrikstraße 1 F, das am 07.09.2018 feierlich eröffnet wurde. Im neuen Berufsbildungszentrum finden etwa 120 junge Menschen Platz für ihren Start ins Berufsleben.

Zu den Ausbildungszweigen gehören Garten- und Landschaftspflege, Küche, Hausreinigung, Textil, Bürodienste, Lagerlogistik, Metall- und Holzverarbeitung. Zwei Jahre dauert die Ausbildung, die mit einem Zertifikat beendet wird.

„Doch auch danach gibt es immer wieder Möglichkeiten, sich weiter zu bilden und zu qualifizieren – lebenslanges Lernen ist heute für Menschen mit Beeinträchtigung oft schon eine Selbstverständlichkeit“, erläutert Detlef Springmann, Geschäftsführer der Lebenshilfe Braunschweig gemeinnützige GmbH. Bestes Beispiel seien zum Beispiel Schweißzertifikat, Gabelstaplerführerschein und EDV-Schulung. „Damit sichern wir einen guten Einstieg ins Berufsleben und fördern Chancen, sich in einem vielfältigen Arbeitsmarkt einzubringen“, erklärt Detlef Springmann. Das Besondere daran sei: „Wir bilden nach dem Prinzip der Produktionsschulen aus. Die Auszubildenden bringen sich mit ihren Ergebnissen direkt in die

Arbeitswelt ein. Und das nach ihren individuellen Fähigkeiten innerhalb von Rahmenlehrplänen und vor allem mit zertifizierten Bildungsbausteinen.“ Hervorzuheben seien außerdem die Kooperationen mit den Berufsbildenden Schulen und zahlreichen Firmen der Region. Im direkten Umfeld gäbe es auch schon ausgelagerte Arbeitsplätze, zum Beispiel im Christuszentrum und Hornbach-Baumarkt.

Die reinen Zahlen sind beeindruckend: Es ist ein Grundstück von knapp 10.000 Quadratmetern und eine Nettofläche im Gebäude von mehr als 4.000 Quadratmetern. „In unserer gesamten Vereinsgeschichte haben wir noch nie ein Bauprojekt in dieser Größenordnung realisiert“, erklärt Dr. Hans-Joachim Beinroth als Vorsitzender. „Aber wir haben uns mit Bedacht für dieses neue Zentrum entschieden: Schließlich geht es um eine zeitgemäße und zugleich zukunftssichere Ausbildung von jungen Menschen mit Beeinträchtigung. Damit legen wir nicht nur heute einen Grundstein für das Gebäude, sondern auch langfristig einen Grundstein für die beruflichen Chancen von hundert jungen Menschen auf einem anspruchsvollen Arbeitsmarkt.“

*Elke Franzen
Leitung Öffentlichkeitsarbeit
Lebenshilfe Braunschweig
gemeinnützige GmbH*



Eindrucksvoll: Das neue Berufsbildungszentrum der Lebenshilfe Braunschweig. Foto: Elke Franzen

Neue Fachberaterinnen beim Paritätischen Niedersachsen Maren Campe und Wibke Behlau stellen sich vor

Maren Campe ist seit dem 17.10.2018 die neue Fachberaterin für die Fachbereiche Behindertenhilfe und Soziale Psychiatrie beim Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. Wibke Behlau hat am 01.10.2018 die Fachberatung für den Bereich Schullandheime übernommen und ist zudem neue Referentin im Fachbereich Erziehungshilfe.



Maren Campe



Wibke Behlau

Maren Campe hat Sozialpsychologie und Soziologie studiert und dieses Wissen um Zusatzqualifikationen in systemischer Organisationsentwicklung und einer Supervisionsausbildung ergänzt. Nach 18-jähriger Beratungs- und Prozessbegleitungsstätigkeit in der Kinder- und Jugendhilfe widmet sie sich nun den Fachbereichen Behindertenhilfe und Soziale Psychiatrie, deren Aufgabengebiete und Zielgruppen ihr bereits aus der operativen Arbeit in ihren Berufsanfängen bekannt sind.

Als Fachberaterin begleitet und unterstützt Maren Campe Mitgliedsorganisationen bei den aktuellen und perspektivischen Herausforderungen in ihren jeweiligen Arbeitsgebieten. Mit der Eingliederung der Fachberatung in die Landesverbandsgeschäftsstelle wurde strukturell auf die derzeitigen

und vielfältigen Anforderungen durch die gesetzlichen Veränderungen reagiert. Maren Campe ist telefonisch unter 0511 52486-360 sowie per Mail an maren.campe@paritaetischer.de zu erreichen.

Wibke Behlau ist nach rund anderthalb Jahren Elternzeit wieder zurück im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. Die studierte Sozialpädagogin hat viele Jahre in verschiedenen Einrichtungen der Erziehungs- und Jugendhilfe sowie in der Jugendverbandsarbeit gearbeitet. Seit 2015 war sie beim Paritätischen Jugendwerk, dem Jugendverband des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V., als Jugendbildungsreferentin tätig.

Im Landesverband steht Wibke Behlau ab sofort den Mitgliedsorganisationen des Fachbereichs Schullandheime als Ansprechpartnerin zur Verfügung. Als Referentin unterstützt sie zudem Fachberater Dominik Baier sowie die angeschlossenen Mitgliedsorganisationen im Bereich Erziehungshilfe. Wibke Behlau ist telefonisch unter 0511 52486-371 sowie per E-Mail an wibke.behlau@paritaetischer.de zu erreichen.

Anika Falke
Referentin für Presse und
Öffentlichkeitsarbeit
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.

Die Redaktion des Parität Reports
wünscht allen Leserinnen und Lesern
ein *frohes Weihnachtsfest* und
einen *guten Rutsch* ins neue Jahr!

Willkommen im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. Neue Mitgliedsorganisationen im Porträt

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. hat auf seinen Vorstandssitzungen die Aufnahme neuer Mitgliedsorganisationen beschlossen. Die jüngsten Mitglieder des Paritätischen Niedersachsen möchten wir kurz vorstellen. Weitere Informationen über unsere Mitgliedsorganisationen sowie Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme finden Sie auf unserer Website www.paritaetischer.de, Rubrik „Mitglieder“.

Agentur für gutes Lernen e.V., Hannover

Der „Agentur für gutes Lernen e.V.“ wurde 2016 gegründet. Sein Zweck ist die Förderung der Jugendhilfe und Erziehung. Dies wird als Anlaufstelle für Eltern von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Hilfebedarf zur Bewältigung des Schulalltags verwirklicht, zudem in der Organisation und Leistungserbringung von Schulbegleitung für diese Schülerinnen und Schüler. Die sich daraus ergebenden Vorteile: Die Schulbegleiterinnen und Schulbegleiter arbeiten im Team und sind nicht als „Einzelkämpfer“ allein gelassen. Die Kinder kennen nicht nur „ihre“ Begleiterin oder „ihren“ Begleiter, sondern auch die anderen. Mit einer pädagogischen Koordinationskraft haben Eltern, Lehrerinnen und Lehrer immer eine verlässliche Ansprechpartnerin vor Ort.

Drübberholz e.V. – Spielezentrum Niedersachsen, Dörverden

Der gemeinnützige, eingetragene Verein besteht seit 1983 und hat sich außerschulische Bildungs- und Seminararbeit, heute vor allem auch im Bereich Spiel und Spielpädagogik, zur Aufgabe gemacht. Inzwischen beinhaltet Drübberholz auch das

Spielezentrum Niedersachsen mit einer Brettspielesammlung von ca. 7000 Exemplaren. Das Seminarprogramm beinhaltet vor allem Themen der Spiel- und Zirkuspädagogik wie beispielweise Brettspieleseminare, Jugendgruppenleiter/-innenausbildungen speziell mit spielpädagogischen Inhalten und die regionale Voraussetzung zur Deutschen Mannschafts-Meisterschaft im Brettspiel. Darüber hinaus gibt es bei Drübberholz alles, was mit Spielkultur zu tun hat, handwerkliche Seminare und Workshops sowie kulturelle Veranstaltungen.

i.L.P. innovative Lebensräume mit Perspektive gGmbH, Ihlow/Riepe

Die i.L.P. innovative Lebensräume mit Perspektive gGmbH verwirklicht als anerkannter Träger der freien Kinder- und Jugendhilfe entsprechend dem SGB VIII und dem SGB XII pädagogische Konzepte. Sie wurde 2016 gegründet und vereint die Angebotszweige der Intensivpädagogisch/therapeutischen Kleinsteinrichtungen (IKE) und das Wohnprojekt für Menschen in besonderen Lebenslagen (WOMBELS).

Angeboten werden Unterbringungsformen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die Störungen und Beeinträchtigungen in diversen Bereichen aufweisen. Zur i.L.P. gGmbH gehören sechs stationäre Angebote sowie ambulante Hilfen und die mobile Betreuung.

Kindertagespflege Göttingen e.V., Göttingen

Der Kindertagespflege Göttingen e.V. ist ein 2005 gegründeter, gemeinnütziger Verein, der sich den qualitativen und quantitativen Ausbau der Kinder-

betreuung zum Ziel gesetzt hat. Er hat zurzeit drei Arbeitsschwerpunkte: Die Kindertagespflegebörse Göttingen, die für die Stadt Göttingen Tagespflegepersonen akquiriert, vermittelt und fachlich begleitet und Eltern berät und unterstützt, das Niedersächsische Kindertagespflegebüro, welches als landesweite Servicestelle in enger Abstimmung mit dem Kultusministerium Fachkräfte in der Jugendhilfe berät und weiterbildet, sowie der flexible Betreuungspool, der Eltern bei der Kinderbetreuung unterstützt, wenn Kindertagespflege aus verschiedenen Gründen nicht möglich ist.

LeA gGmbH, Neu Wulmstorf

Die „LeA gemeinnützige GmbH“ wurde 2008 gegründet. Ihr Zweck ist die Unterstützung hilfsbedürftiger Personen. Verwirklicht wird dies durch das Betreiben von Wohnangeboten und der Bereitstellung von Dienstleistungen zur Umsetzung von Betreuungs- und Beratungsangeboten für Menschen mit Behinderung. Seit 2010 wohnen 27 junge Erwachsene in drei Wohngruppen in den neu gebauten Laurens-Spethmann-Häusern. Das Besondere am Konzept der Häuser ist die Integration von jeweils zwei jungen Erwachsenen mit einem sehr großen Hilfebedarf in jeder Wohngruppe. Moderne Zimmer, qualifizierte und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die zentrale Lage sowie die Offenheit der Einrichtung tragen zur gelebten Inklusion bei.

Lost Voices Stiftung, Hannover

Die Lost Voices Stiftung möchte mehr öffentliche Aufmerksamkeit für die Belange von Menschen mit der neuroimmunologischen Krankheit Myalgische Enzephalomyelitis (ME) schaffen.

Die bisher unheilbare neuroimmunologische Multisystemerkrankung ME (oft auch als Chronic Fatigue Syndrome CFS bezeichnet) ist eine Krankheit, die alle Dimensionen sprengt. Es existiert hierzulande keine medizinische, soziale und pflegerische Versorgung für ME/CFS-Erkrankte. Die Stiftung setzt sich seit 2009 dafür ein, dass das internationale Wissen zu dieser schweren, chronischen und komplexen, systemischen Erkrankung auch in Deutschland bekannt wird und die erkrankten Menschen und die pflegenden Angehörige die richtige Unterstützung erhalten.

Netzwerk Lebenskunst e.V., Hannover

Zweck des 2001 gegründeten Vereins ist es, das soziale und kulturelle Leben im hannoverschen Stadtteil Linden-Süd zu bereichern und die Selbstorganisation und Selbstverantwortung insbesondere bei Kindern und Jugendlichen zu fördern. Durch Kultur- und Bildungsangebote soll die Psychosoziale Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen verbessert sowie die Selbstständigkeit und das Verantwortungsgefühl von Kindern und Jugendlichen gestärkt werden. Dies geschieht durch die Bereiche Kreativwerkstatt, Kunst, Zirkus und Theaterarbeit. Zudem bietet der Verein Fort- und Weiter-

bildung sowie Beratung von Fachkräften, ehrenamtlichen Gruppen und Einzelpersonen an und ist Träger der Kreativwerkstatt „Kreofant“.

NTFN – Netzwerk für traumatisierte Flüchtlinge in Niedersachsen e.V., Hannover

Das 2007 gegründete NTFN setzt sich für Migrant/-innen ein, die traumatisierende Erfahrungen durch Folter, Verfolgung, Krieg oder Flucht erlitten haben und an den kurz- oder langfristigen Folgen körperlich und/oder psychisch leiden und dadurch in ihrer Belastungs-, Arbeits- und Lebensfähigkeit eingeschränkt sind, sowie für Ihre Familienangehörigen, insbesondere auch Kinder und Jugendliche. Dabei geht es um die Verbesserung des Zuganges der Flüchtlinge zu psychotherapeutischer Hilfe und um die Berücksichtigung ihrer besonderen Situation in Recht und Verwaltung. Zu den Angeboten des Vereins gehören die psychotherapeutische Arbeit, die Vermittlung und Begutachtung von Therapieplätzen sowie verschiedene Fortbildungsformate.

SCHLAU Lüneburg e.V., Lüneburg

SCHLAU Lüneburg ist das 2013 gegründete lokale Schulaufklärungsprojekt zu den Themen sexuelle Orien-

tierung und geschlechtliche Vielfalt unter dem Schirm des Netzes von SCHLAU Niedersachsen. Geschulte Gruppen besuchen ehrenamtlich Schulen in Lüneburg sowie im Landkreis, um Vorurteile abzubauen und vor Diskriminierung zu schützen. In Workshops bieten die Teams die Möglichkeit, mit jungen lesbischen, schwulen, bi, trans*, inter* und queeren Menschen ins Gespräch zu kommen. Mittels pädagogischer Methoden und evaluierter Konzepte führt SCHLAU niedrigschwellig und unaufgeregt in die Themengebiete ein. Besprochen werden Lebenswirklichkeiten und Biografien, das eigene Coming-Out, Diskriminierungserfahrungen sowie Vorurteile und Rollenbilder.

Teilhabe Wohnen und Pflege gGmbH, Oldenburg

Die Teilhabe Wohnen und Pflege gGmbH mit Sitz in Oldenburg wurde am 21.12.2017 gegründet und ist eine Gesellschaft der Gemeinnützigen Werkstätten Oldenburg e.V (GWO). Der Gesellschaftszweck wird insbesondere verwirklicht durch die Vorkhaltung und den Betrieb ambulanter Angebote und Dienstleistungen für Menschen mit einer Behinderung oder für von einer Behinderung bedrohte Menschen. Dies umfasst zum Beispiel die Einrichtung beziehungsweise den Betrieb von familienentlastenden Diensten, ambulant betreutem Wohnen, Autismusambulanz, ambulanten Pflegediensten und anderen Angeboten.

Egal, ob Sie im Parität Report die Arbeit Ihrer Organisation vorstellen, eine Anzeige schalten oder allgemeine Fragen zu unserem Verbandsmagazin stellen möchten – unter

report@paritaetischer.de

erreichen Sie die Redaktion des Parität Report, die Ihnen weiterhilft. Nutzen Sie unsere neue E-Mail-Adresse für alle Ihre Anliegen rund um unser Magazin – wir freuen uns auf Ihre elektronische Post!

Verbandsjubiläen

Wir gratulieren folgenden Mitgliedsorganisationen zu besonderen Jubiläen ihrer Mitgliedschaft im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. in den Monaten Oktober, November und Dezember 2018:

10 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 4. Quartal 2008)

- KÄNGO gemeinnützige GmbH, Hannover
- Psychiatrische Tagesstätte Gifhorn gGmbH, Gifhorn
- Wilhelmshavener Musikinitiative e.V., Wilhelmshaven

20 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 4. Quartal 1998)

- Fips GmbH, Lehrte
- TSS e.V. Therapeutische Sucht- und Sozialberatung, Bremervörde
- Waldheim Werkstätten gGmbH anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen, Achim
- IHV - Insolvenzhilfe e.V., Wilhelmshaven
- Pädagogische Initiative (PädIn) e.V., Lüneburg
- Jumni e.V. Verein für angewandte Erlebnispädagogik, Hildesheim

25 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 4. Quartal 1993)

- Deutsche Vereinigung Morbus Bechterew e.V. Landesverband Niedersachsen e.V., Hannover
- Frühförderungsgruppe Kükennest e.V., Norderney
- Deutscher Kinderschutzbund e.V. Kreisverband Stade, Stade
- DER HOF Heilpädagogischer Bauernhof und integrative Freizeitgestaltung e.V., Isenbüttel
- Aktionsgruppe Babynahrung e.V. (AGB), Göttingen

30 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 4. Quartal 1988)

- Aids - Hilfe Wolfsburg e.V., Wolfsburg
- Mütterzentrum Braunschweig e.V. Mehrgenerationenhaus, Braunschweig
- Verein zur Förderung der Waldorfpädagogik in Bruchhausen-Vilsen e.V., Engeln
- Aids-Hilfe Osnabrück e.V., Osnabrück
- Deutscher Kinderschutzbund e.V. Ortsverband Langelsheim, Langelsheim
- Förderkreis Waldorfpädagogik Cuxhaven e.V. im Waldorfkindergarten, Cuxhaven
- Lernwerkstatt für Kinder, Eltern und Lehrerinnen e.V. Büffelstübchen, Stuhr
- Teestube Soltau e.V., Soltau

35 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 4. Quartal 1983)

- Kinderhaus Lilienthal Wir werden immer größer e.V., Lilienthal
- Peiner Frauenhaus e.V., Peine
- Vereinigung der Waldorfklingergärten e.V. Region Niedersachsen-Bremen, Bremen

40 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 4. Quartal 1978)

- Guttempler Bildungswerk Landesverband Niedersachsen e.V., Syke
- Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V. Ortsverein Braunschweig, Braunschweig
- Verein für Sozialmedizin Stade e.V., Stade

45 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 4. Quartal 1973)

- Lebenshilfe Peine-Burgdorf GmbH, Edemissen

55 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 4. Quartal 1963)

- Lebenshilfe Landesverband Niedersachsen e.V., Hannover

60 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 4. Quartal 1958)

- Kneipp-Bund Landesverband Niedersachsen e.V., Celle

65 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 4. Quartal 1953)

- Jugenderholungswerk Niedersachsen e.V., Möwe-Jugendreisen, Braunschweig

Deutscher Fußballmeister der Werkstätten kommt aus Hannover Hannoversche Werkstätten gewinnen bundesweiten Entscheid



Die Fußballer der Hannoverschen Werkstätten haben sich diesen Titel hart erkämpft und wurden von Vertretern der BAG WfbM und der Sepp Herberger Stiftung geehrt. Foto: Carsten Kobow

Jedes Jahr findet in Duisburg die Deutsche Fußballmeisterschaft der Werkstätten für behinderte Menschen statt. Am 06.09.18 schossen sich die Mannschaft der paritätischen Mitgliedsorganisation Hannoversche Werkstätten gem. GmbH zum Gewinn der Meisterschaft. Ausgerichtet wird die Deutsche Meisterschaft von der DFB-Stiftung Sepp Herberger, der Bundesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten für behinderte Menschen (BAG WfbM), Special Olympics Deutschland und dem deutschen Behindertensportverband. In diesem Jahr fand der Wettbewerb vom 03.09. bis zum 06.09.18 statt. Die Hannoverschen Werkstätten nahmen zum fünften Mal am bundesweiten Entscheid teil. Nachdem sie dreimal den vierten und einmal den dritten Platz belegten, konnten sie jetzt die Trophäe mit nach Hause nehmen.

Für Trainer Ilias Symeonidis und sein Team ist es nach dem mehrmaligen Gewinn der Nationalen Spiele von

Special Olympics der größte Erfolg: „Es ist deutlich spürbar, wie sehr wir in den vergangenen Jahren als Team zusammengewachsen sind und uns entwickelt haben. Ich freue mich sehr für unsere Spieler – sie haben sich diesen Sieg wirklich hart erarbeitet.“

Die Vorrunde schlossen die Hannoverschen Werkstätten mit einer Tor Differenz von 12:0 gegen die Mannschaften der Weissernauer WfbM (Baden-Württemberg), Lebenshilfe Hand in Hand Cottbus (Brandenburg) und alsterarbeit (Hamburg) ab und konnten somit als Gruppenerster in die Hauptrunde gehen. Im ersten Spiel der Hauptrunde spielten die Hannoveraner die Freckenhorster Werkstätten (Nordrhein-Westfalen) mit einem 2:0 aus dem Wettbewerb und machten mit einem 3:0 gegen den Vorjahresmeister aus Rendsburg-Eckernförde (Schleswig Holstein) den erstmaligen Einzug ins Endspiel perfekt.

Im Finale ging es gegen die Berliner Werkstätten für Menschen mit Behinderung (Berlin) um den Titel. Spieler Thomas Wasielewski brachte Hannover mit 1:0 in Führung. Kurz darauf glichen die Berliner zum 1:1 Endstand nach der Regelspielzeit von zweimal 15 Minuten aus und das Spiel musste im Achtmeterschießen entschieden werden. Der Torwart der Hannoverschen Werkstätten, Roland Kaiser, hielt den entscheidenden Achtmeter und verhalf seiner Mannschaft somit zum 7:6 Endstand und Gewinn der Meisterschaft.

„Wir können es noch immer nicht ganz begreifen“, sagt Trainer Ilias Symeonidis. „Es war unser großes Ziel, einmal die Meisterschaft zu gewinnen – auch außerhalb von Special Olympics.“ Der neue Geschäftsführer der Hannoverschen Werkstätten, Manfred Willems, freut sich mit der Mannschaft: „Wir sind unheimlich stolz auf das, was unsere Fußballmannschaft geleistet hat. Einige unserer Spieler haben die Möglichkeit erhalten, in Fußballclubs mit inklusiven Angeboten in Hannover zu trainieren und sich so weiterzuentwickeln. Ich würde mir wünschen, dass die Vereine sich noch mehr öffnen. Vom Einsatz und der Leidenschaft unserer Spieler kann man nur profitieren.“

Linda Schulz
Marketing und Öffentlichkeitsarbeit
Hannoversche Werkstätten
gem. GmbH

Das „Henri’s“ ist das „Produkt des Jahres 2018“

Inklusives Café & Restaurant der obw gewinnt Auszeichnung der regionalen Wirtschaft

Erst seit August 2018 pachtet die paritätische Mitgliedsorganisation Ostfriesische Beschäftigungs- und Wohnstätten GmbH (obw) das Café & Restaurant Henri’s in der Kunsthalle in Emden – schon wurde die Arbeit des Teams belohnt: Das inklusive Konzept wurde von dem Wirtschaftsverbund Ems-Achse mit dem Titel „Produkt des Jahres 2018“ ausgezeichnet. Vier Wochen lang hatten die über 600 Mitglieder des Vereins Zeit, um sich zwischen 37 eingereichten Produkten zu entscheiden und ihre Stimme abzugeben. Über den ersten Platz freute sich die Delegation aus Personal und Mitarbeitenden des „Henri’s“, die zur Preisverleihung am 18.10.2018 nach Lingen gereist war. Bis zum Schluss wussten lediglich die Organisatoren, welche der eingereichten Produkte auf das Treppchen kamen, so war die Spannung, wie auch dann die Freude, bei der Verkündung des Sieges sehr groß.

Die obw hat mit dem neuen Projekt ihre Tätigkeitsfelder für Menschen mit Beeinträchtigung auf den gastronomischen Bereich ausgeweitet und vergrößert damit die Möglichkeiten einer inklusiven Arbeitswelt – ganz im Geiste von Henri Nannen, dem Gründer der Kunsthalle, der bereits den Gedanken der Teilhabe mit der Malschule und Kunsthalle aktiv gelebt hat.

Das Personal des Henri’s setzt sich aus einem multiprofessionellen Team von erfahrenen gewerblichen und pädagogischen Fachkräften zusammen, die eine Unterstützung und Begleitung zur Teilhabe am Arbeitsleben ermöglichen. Das Team der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Menschen mit Beeinträchtigung) ist eine gemischte Gruppe aus Menschen mit einer geistigen Beeinträchtigung und Menschen mit einer psychischen Erkrankung. Durch die fachliche Anlei-

tung und die Unterstützung der Mitarbeiter durch die Fachkräfte wird die bisherige Qualität in den Bereichen Service und Küche weiterhin erhalten.

Im Henri’s beginnt der Tag mit einem frisch zubereiteten Frühstück. Mittags werden kreative und abwechslungsreiche Speisen angeboten. Süße Verführungen in Form von Torten und Kuchen vervollständigen das tägliche Angebot. In der Küche werden frische Lebensmittel, möglichst von regionalen Erzeugern, verarbeitet. Daher wechselt die Karte immer mit Angebot und Saison. Weitere Informationen sowie die aktuellen Speisekarten sind auf www.henri-s.com erhältlich.

Wiebke Horneber
 Referentin Unternehmenskommunikation
 Ostfriesische Beschäftigungs- und Wohnstätten GmbH



Freuen sich über die Auszeichnung: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Henri’s.



Mit Erfahrung und Expertise.

Zum Beispiel beim Liquiditätsmanagement. Nutzen Sie alle Vorteile eines controllingbasierten Cash-Managements – halten Sie Ihre Liquidität und einen effizienten Zahlungsverkehr zu jeder Zeit aufrecht. Dabei profitieren Sie von unserer besonderen Expertise im Gesundheits- und Sozialwesen.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.

Telefon 0511 34023-0 | investition@sozialbank.de
www.sozialbank.de

Die Bank für Wesentliches

Lautstärke, Gefühl und ein gelbes Akkordeon

Bis nach Mitternacht feiern 500 Menschen das inklusive HalloVerden-Festival

Rund 500 Menschen haben am 10.11.2018 in der Stadthalle in Verden ein buntes, mitreißendes und vor allem inklusives HalloVerden-Festival gefeiert. Von nachmittags bis nach Mitternacht wurde gefeiert und gesungen, geklatscht und gegrölt – ob bei Frida Gold, Kellerkommando, ROSSI oder den weiteren, insgesamt neun Acts auf der Bühne. Auf die Beine gestellt wurde das Event nun bereits zum achten Mal von der paritätischen Mitgliedsorganisation Lebenshilfe Rotenburg-Verden gemeinnützige GmbH.

Ein Team von Menschen mit und ohne Behinderung kümmert sich Jahr für Jahr um die Organisation und ist auch an dem Abend des Festivals voll dabei – vom Einlass über die Garderobe bis hin zum Catering und vielen weiteren Aufgaben. Kein Wunder also, dass nach monatelanger Vorbereitung alle dem Startschuss entgegenfieberten. Los ging es, als Roland Kanwicher das erste Mal die Bühne betrat. Der Moderator von Radio Bremen Vier kündigte jede Band gebührend an, sorgte selbst für Stimmung und gute Laune – inklusive Konfettiregen. Und dann ging es auch schon los – mit Vogelfrey, einer Band, die für einen lauten und optisch fulminanten Auftakt sorgte und dafür, dass schon zu Beginn die Reihen vor der Bühne gut gefüllt waren. Ein musikalisches Kontrastprogramm wartete anschließend mit Singer/Songwriter PAD, der, lediglich mit seiner Gitarre ausgerüstet, mit seiner ausdrucksstarken Stimme zu überzeugen wusste.

Viele Gäste hatten auf den dritten Act des Tages gewartet – Terry Hoax, die sogar den eigenen Fanclub im

Publikum begrüßen konnten. „Wir haben Bock“ kündigten sie bereits auf Facebook ihre Vorfreude auf Verden an und das merkte man dem Auftritt auch an – Vollgas! Im Anschluss betrat LENNA aus Stuhr die Bühne, und die Fans wurden nicht enttäuscht – ein sympathischer Auftritt mit toller Stimme von Frontfrau Alenna Rose. Die Band Kellerkommando sorgte dafür, dass vor der großen Bühne mächtig gefeiert und getanzt wurde. Getanzt wurde von der Band aus Franken selbst auch – zum Abschluss

halle blieb, wurde nicht enttäuscht. Zunächst kam Ich kann fliegen, die passend zum gelungenen Auftritt bei Facebook ein Foto posteten mit den Worten „HalloVerden – ein Träumchen“. Und schließlich sorgte ROSSI für den fulminanten Schlusspunkt – ob mit Songs von den Toten Hosen oder von Nirvana. Viele Fans feierten und hielten bis Mitternacht durch.

Rund 500 Fans waren an dem Abend mit dabei. Alles in allem: ein gelungener Abend. Auch im Zeichen der



Sorgte für tanzende Massen: Kellerkommando. Foto: Lebenshilfe Rotenburg-Verden/Woyke

quer durchs Publikum, mit gelbem Akkordeon und anderen Instrumenten, auf die Empore der Stadthalle. Atmosphärisch im Gegensatz dazu stand der Auftritt von Kyles Tolone: Gedämpftes Licht und viel Nebel beherrschten die Szenerie.

Mit Frida Gold betrat dann einer der Hauptacts die große Bühne. „Wovon sollen wir träumen“ und „Liebe ist meine Rebellion“ waren nur zwei der Songs, die die Band dabei hatte. Frontfrau Alina Süggeler überzeugte und überraschte das Publikum, als sie beim ersten Lied nicht wie erwartet auf der Bühne auftauchte, sondern mitten in der Menge stand und sang. Wer zu später Stunde in der Stadt-

Inklusion, viele Menschen mit und ohne Behinderung feierten wie gewohnt zusammen. Ein Dank der Veranstalter geht nicht nur an das eigene Team vor und hinter den Kulissen, bestehend aus vielen Beschäftigten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sondern auch an Licht, Ton, an die Stadthalle, an Moderator Roland Kanwicher und nicht zuletzt an die Bands, die den Abend mit Leben füllten. Möglich wurde die Veranstaltung zudem durch die Unterstützung durch die Aktion Mensch.

Wibke Woyke
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Lebenshilfe Rotenburg-Verden
gemeinnützige GmbH

„Kultur für Alle“ wächst und wächst

Quakenbrücker Musiktage werden 100. Kulturpartner der KUKUK

Mit 21 kooperierenden Kulturveranstaltern begann alles im Jahre 2013 – jetzt werden die Quakenbrücker Musiktage der 100. Kulturpartner der paritätischen Mitgliedsorganisation Kultur für Alle Osnabrück e.V. (KAOS e.V.). Der Verein gibt die KUKUK heraus, die „Kunst- und Kultur-Unterstützungskarte“, mit der Menschen aus Stadt und Landkreis Osnabrück mit wenig Geld Kulturveranstaltungen für einen Euro (Kinder für 50 Cent) besuchen können. Die Resonanz bei den finanziell Bedürftigen ist beeindruckend und widerlegt alle Klischees: Nach gut vier Jahren gibt es schon über 3.600 KUKUK-Besitzer, gut 2.000 einzelne Kulturbesuche mit der KUKUK pro Jahr zeigen, wie wichtig kulturelles Erleben für diese Menschen und ihre soziale Integration ist.

Unter den bisherigen Kulturpartnern finden sich unter anderem das Theater Osnabrück, die Lagerhalle, das Figurentheater, mehrere Musikfestivals (zum Beispiel das Euregio- und das Morgenland-Festival) und die städtischen Museen. Aus dem Landkreis Osnabrück sind bisher beispielsweise die Musica Viva, der Venner Folkfrühling und die Meller Puppenspiele dabei.

Die KUKUK-Initiative ist bundesweit fast einmalig – lediglich in Frankfurt

wird seit 2008 ein ähnliches Konzept umgesetzt. Die kleine bunte Karte bereichert das gesellschaftliche Leben der Region Osnabrück auf vielfältige Weise: Kulturveranstalter erreichen neue Zielgruppen, Sozialpartner motivieren Menschen zur kulturellen Teilhabe und Förderer und Unterstützer können soziale Verantwortung

Bestandteil des kulturellen Lebens im Osnabrücker Land. Ausgewogenheit und Internationalität kennzeichnen sie. Oft lassen sich Künstler von Weltrang, deren Namen für höchste Qualität stehen, gerne dazu verpflichten. Dabei kommen hier nicht nur Freunde der klassischen Musik zusammen, sondern auch die des Swing,



Freuen sich über die künftige Zusammenarbeit, von links: die Bürgermeister Matthias Brüggemann und Claus-Peter Poppe, Intendant Christian Aumann, KUKUK-Mitarbeiterin Martina Look, Wirtschaftsagentur Artland-Geschäftsführer Frank Wuller, KUKUK-Initiator Max Ciolek, Burkhard Fromme vom Kulturbüro des Landkreises Osnabrück und Musiktage-Organisatorin Katharina Vater. Foto: KAOS e.V.

wahrnehmen, indem sie das Projekt durch die Bereitstellung finanzieller Mittel fördern. Menschen, die es sich sonst nicht leisten können, können selbstverantwortlich und würdevoll am sozialen und kulturellen Leben teilhaben.

Die Quakenbrücker Musiktage genießen seit über 30 Jahren überregional und in Fachkreisen einen ausgezeichneten Ruf und sind ein fester

des Chansons oder des musikalischen Kabarettts. Die Quakenbrücker Musiktage sind ein kulturelles Ereignis voller Kreativität, Qualität und Erlebnis mit einem Angebot für ein nun, in Kooperation mit der KUKUK, noch breiteres Publikum.

Max Ciolek
Vorstand
Kultur für Alle Osnabrück e.V.

Christian Züchner übernimmt Vorsitz der DGM

Neuer Vorsitzender im Landesverband Bremen/Niedersachsen

Am 2. August 2018 wurde Christian Züchner zum neuen Vorsitzenden der paritätischen Mitgliedsorganisation Deutsche Gesellschaft für Muskelkranke e.V. (DGM), Landesverband Bremen/Niedersachsen, gewählt. Kontaktperson Holger Fehling aus Bremerhaven im Gespräch mit dem Landesvorsitzenden.

Herr Züchner, Sie sind jetzt seit 6 Wochen neuer Landesvorsitzender. Wie geht es Ihnen damit?

Nun ja, es war ja nicht geplant, dass ich Landesvorsitzender werde. Die Absprachen waren, dass ich das Amt des Schriftführers weiterhin im Vorstand wahrnehmen soll. Durch den überraschenden Rücktritt von Magdalene Schocke als Landesvorsitzende entstand eine völlig neue Situation. Der Vorstand hat in zwei Telefonkonferenzen beraten, wie es weitergehen soll. Und so kam die Idee auf, dass ich den Vorsitz übernehmen soll.

Was ändert sich jetzt im Vorstand?

Zuerst einmal: Wir haben im Vorstand in den letzten drei Jahren sehr gut zusammengearbeitet, vieles auf den Weg gebracht. Das alles aufgeben wollten wir nicht. Aber Sie haben Recht, es wird sich einiges ändern. Ich wohne in Emden, in Ostfriesland. Und ich bin erheblich mobilitätseingeschränkt. Ich kann nicht mal eben nach Hannover oder Göttingen fahren. Und so haben wir die Arbeit im Vorstand auf alle Schultern verteilt. Unsere Schatzmeisterin, Ingrid Haberland, wird die Kontakte zur MHH Hannover und zum Uniklinikum in Göttingen halten. Markus Schnaars wird den Kontakt zum Neuromuskulären Zentrum Nordwest halten. Ich werde mich auf die vielen admi-

nistrativen Aufgaben konzentrieren, die ich von hier am Computer organisieren kann.

Welche Erfahrungen bringen Sie für diese Arbeit mit?

Ursprünglich komme ich aus der kirchlichen Arbeit, dort habe ich auch nur mit Ehrenamtlichen gearbeitet. Daher ist die Arbeit mit Ehrenamtlichen in der DGM mir nicht fremd. Das Thema Teilhabe und Selbstbestimmung liegt mir sehr am Herzen. Ich bin Vorsitzender des Beirats für Menschen mit Teilhabeeinschränkung in der Stadt Emden und Regiosprecher Ostfriesland im Niedersächsischen Inklusionsrat. Mein Wunsch ist, diese Fäden zum Wohl der Betroffenen zusammenzuführen.

Haben Sie Pläne für die Zukunft des Landesverbandes?

Ich sehe mich nicht als Einzelkämpfer, der sagt, wo es mit dem Landesverband hingehen soll. Wir sind im Vorstand in all unserer Verschiedenheit ein tolles Team. Im letzten Jahr haben wir gemeinsam die Gruppe in Göttingen wieder mit neuem Leben gefüllt. Unser Wunsch wäre, dass es weitere Neugründungen von Gesprächskreisen im Landesverband gibt. Somit können wir unseren Mitgliedern, aber auch allen anderen Betroffenen, ein gutes Netzwerk mit kurzen Wegen anbieten. Neu in unserem Vorstand ist Jacqueline Balzer als Jugendbeauftragte. Auch hier werden wir versuchen, neue Wege zu gehen, um mehr junge Menschen zu erreichen und an die DGM heranzuführen.

Wie sieht in Ihren Augen die ideale Situation im Landesverband aus? (lacht) Wäre es nicht die ideale Situati-

on, wenn es gar keine neuromuskulären Erkrankungen gäbe? Gut, gehen wir vom Fakt aus. Ich würde mir eine große Anzahl an engagierten, motivierten Kontaktpersonen wünschen, die sich einbringen und sich für Gespräche und Beratungen zur Verfügung stellen. Und dazu möglichst flächendeckende Gesprächskreise, die altersmäßig und von den Diagnosen her bunt gemischt sind und gut besucht werden. Und ein solides finanzielles Fundament, von dem aus viele Aktionen gestartet werden können.



Christian Züchner

Was wünschen Sie sich persönlich für Ihre Arbeit?

Was ich unbedingt brauche, ist Unterstützung bei all den verschiedenen Aufgaben. Ich wünsche mir eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Kontaktpersonen, um sich auf die drängenden Aufgaben zu konzentrieren. Und wenn ich mir etwas für mich wünschen könnte, dann wäre es etwas mehr Gesundheit. Im Laufe des letzten Jahres habe ich eben deutlich gemerkt, dass die Kräfte aufgrund meiner progressiven Grunderkrankung nachlassen.

Herr Züchner, ich wünsche Ihnen viel Kraft für all die Aufgaben, die Sie sich vorgenommen haben und bedanke mich für das Gespräch.

*Holger Fehling
Deutsche Gesellschaft für
Muskelkranke e.V.
Landesverband
Bremen/Niedersachsen*

„Beim VdK in den besten Händen“ Sozialverband VdK begrüßt 85 000. Mitglied in Niedersachsen-Bremen



Landesvorsitzender Friedrich Stubbe (rechts) begrüßte die Neu-Mitglieder Christian Herbst und Tanja Herrmann-Herbst.
Foto: VdK

Steigende Mitgliederzahlen verbucht die paritätische Mitgliedsorganisation Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen seit Jahren. Im Oktober 2018 wurde das 85.000. Mitglied in Bremen begrüßt. „Ich konnte erst gar nicht glauben, dass wir eine solche Auszeichnung erhalten sollen“, erinnert sich Tanja Herrmann-Herbst an

ihre erste Reaktion. Im August war sie zusammen mit ihrem Mann Christian Herbst auf Empfehlung einer Bekannten in den VdK eingetreten. „Sie hat nur Gutes berichtet. Und für den Fall, dass wir einmal sozialrechtliche Unterstützung bräuchten, wären wir dort in den besten Händen.“ Die Anmeldung erfolgte genau zum richtigen Zeitpunkt, wie sich herausstellte: Denn mit ihrem Beitritt knackte der Verband die 85.000-Mitglieder-Marke.

In der Bremer VdK-Geschäftsstelle überreichte Landesvorsitzender Friedrich Stubbe dem Ehepaar nun in feierlichem Rahmen eine Willkommensurkunde und Präsente. Nach dem Motto „Gemeinsam sind wir stärker“ ist der VdK auf eine große Mitgliederzahl angewiesen, um seine Unabhängigkeit zu bewahren und die Interessen der sozial Benachteiligten

gegenüber der Politik bestmöglich vertreten zu können. „Mit 85.000 Mitgliedern allein in Niedersachsen und Bremen sind wir auf einem sehr guten Weg“, freute sich Stubbe. Viele Vereine und Organisationen hätten mit sinkenden Mitgliederzahlen zu kämpfen, gab er zu bedenken. Der Sozialverband VdK hingegen sei gefragt denn je.

Den höchsten Mitgliederstand seit seiner Gründung im Jahr 1949 führt der Verband auch auf das immer undurchsichtiger werdende Sozialrecht zurück. Viele kennen ihre gesetzlichen Ansprüche etwa bei einer abgelehnten Pflegeleistung oder einem Arbeitsunfall gar nicht. Hier hilft der VdK mit Widersprüchen oder Klagen und setzt so jedes Jahr Nachzahlungen von mehreren Millionen Euro durch.

Auf das Verbandsleben vor Ort ist das Ehepaar Herrmann-Herbst ebenfalls gespannt. Die Vorsitzende des Ortsverbands Bremen-Ost, Christiane Kretzer, stellte ihnen das aktuelle Programm vor und lud gleich die ganze Familie zur bevorstehenden Weihnachtsfeier ein.

*Christina Diekmann
Presse- & Öffentlichkeitsarbeit
Sozialverband VdK
Niedersachsen-Bremen e.V.*

Werben im Parität Report

Sie möchten im Parität Report eine Anzeige schalten? Wir beraten Sie dazu gern.

Fordern Sie einfach unter report@paritaetischer.de unsere gültige Anzeigenpreisliste an.

Kneipp macht glücklich!

Kneipp-Bund Landesverband zeigt alternative Wege für eigene Gesundheit auf

Kneipp-Vereine, Kneipp-Kindertageseinrichtungen, Seniorinnen und Senioren in Niedersachsen und Bremen – sie alle sollen, gut gerüstet und mit großer Überzeugungskraft, Menschen in Zeiten des Sozialabbaus und massiver Einsparungen im Gesundheitswesen alternative Wege aufzeigen, um eine größere Selbstverantwortung für die eigene Gesundheit zu übernehmen. Dies hat sich die paritätische Mitgliedsorganisation Kneipp-Bund Landesverband Niedersachsen-Bremen e.V. zum Ziel gesetzt. Getreu den Worten Sebastian Kneipps „Ich will, dass meine Lehre allen Menschen zuteilwerde“, gibt der Verband hierfür Hilfestellungen und Anregungen. Anhand von drei Veranstaltungen, die der Kneipp-Bund in Niedersachsen und Bremen 2018 durchführte, soll dies beispielhaft dargestellt werden.



Gut besucht: Das Interesse am Fachvortrag in Hannover war groß. Foto: Werner Heinelt

Vortrag beim kommunalen Seniorenservice

Der kommunale Seniorenservice der Landeshauptstadt Hannover bietet, jeweils mittwochs, Fachvorträge zu verschiedenen Themenbereichen an. Am 21.03.2018 stand „KNEIPP – altes Wissen wieder entdecken“ auf der Agenda. Der Kneipp-Bund Landesverband hatte in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich „Senioren“ der

Stadt Hannover diesen Termin möglich gemacht. Das Interesse an dem praxisnahen Referat von Sigrun Frost war groß. Dank aktiver Einbindung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und abschließender Verkostung eines selbst hergestellten Pestos gestaltete sich der Nachmittag sehr kurzweilig. Teilnehmende, die eine weitergehende Beratung nachfragten, konnten an den örtlichen Kneipp-Verein Hannover e.V. verwiesen werden. In dieser Form kann auch jeder Kneipp-Verein in seiner Region gemeinsam mit den fast überall vorhandenen Seniorenkreisen Gesprächs- oder Informationsveranstaltungen durchführen.

Kneipp-Wochenende auf der Landesgartenschau in Bad Iburg

Der gesamte Vorstand des Landesverbands unterstützte den örtlichen Kneipp-Verein aktiv beim Kneipp-Wochenende vom 18.-21.05.2018 auf der Landesgartenschau in Bad Iburg. Der Landesverband hatte in der Nähe der GiroLive-Bühne seinen Pavillon aufgebaut, um den Besucherinnen und Besuchern die Ideen von Pfarrer Kneipp näher zu bringen. Verschiedene Vorträge von Referentinnen und Referenten des Landesverbands über Lebensordnung, Kräuter, Bewegung und Ernährung fanden rund um die Bühne statt, ebenso der Kneipp-Talk. Auf dem Gelände gibt es zwei sehr schöne Wassertretstellen, die bei dem warmen Wetter ausgiebig genutzt wurden. Besondere Hingucker waren zudem der Baumwipfeldpfad durch den naturbelassenen Wald sowie die offene Küche, in der Elisabeth Meltrup vom örtlichen Kneipp-Verein schmackhaftes Vollwertessen zubereitete.



Dr. Vinzenz Nowak, Vorsitzender des Kneipp-Vereins Bad Iburg, am Glücksrad, das der Ortsverein vor seinem Zelt auf der Landesgartenschau aufgebaut hatte. Foto: Werner Heinelt

6. Niedersächsischer Kneipp-KiTa-Tag Unter dem Motto „Miteinander – Für einander“ wurde am 21.04.2018 der alle zwei Jahre stattfindende Kneipp-KiTa-Tag durchgeführt. Im Veranstaltungszentrum in Ritterhude konnten rund 100 Personen in angenehmer Atmosphäre die Weiterbildungsaspekte unter fachkundiger Anleitung von ausgebildeten Referentinnen aufnehmen. In zahlreichen Workshops wurden die unterschiedlichen Themen von „Drums-Alive“ über „Gedächtnistraining“ bis „Kräuterwissen“ intensiv behandelt. Das Wetter war gut, insofern konnten Kräuter auch gesammelt und später verarbeitet werden. Insgesamt herrschte ein spannendes, aber konzentriertes Arbeiten. Die Grundlagen für den Lernerfolg waren damit gegeben.

Werner Heinelt
Gisela Gehrmann
Kneipp-Bund Landesverband
Niedersachsen-Bremen e.V.

Paritätischer Peine feiert 40-jähriges mit prominenten Gästen Kreisverband lud zu Fachgespräch und Feierstunde

Sein 40-jähriges Bestehen hat der Kreisverband Peine des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. im November 2018 mit gleich zwei Veranstaltungen gefeiert. Am 02.11.2018 begrüßte die Kreisverbandsgeschäftsführerin Heike Horrmann-Brandt im Peiner Schützenhaus den Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil (SPD), zu einem Fachgespräch. Der Minister sprach vor rund 70 geladenen Gästen, darunter Birgit Eckhardt, Vorsitzende des Paritätischen Niedersachsen, sowie zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung, paritätischen Kreisverbänden und Mitgliedsorganisationen, zur „Zukunft der sozialen Sicherung und der Berufsförderung“.

Der Vortrag zur Zukunft begann mit einem Blick in die Vergangenheit des Sozialministers: Vor gut 25 Jahren hatte Hubertus Heil seine „soziale Karriere“ als Zivildienstleistender beim Paritätischen Peine begonnen. Eine Zeit, die ihn sehr geprägt habe, wie der gebürtige Peiner erklärte. Der Minister sprach anschließend über die Herausforderungen bei der Inklusion, dem sozialen Wohnungsbau, der Digitalisierung und dem Fachkräftemangel im Bereich der Pflege. Er versprach, sich für einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag für Pflegeberufe einzusetzen.

Genau eine Woche später, am 09.11.2018, beging der Paritätische Peine seine offizielle Jubiläumsfeier. Die rund 100 Gäste im Forum wurden von Landrat Franz Einhaus begrüßt. Im Anschluss sprach Landes-sozialministerin Carola Reimann über die Digitalisierung im Bereich Pflege

und Gesundheit. Birgit Eckhardt erklärte, dass Digitalisierung zwar ein wichtiges Thema sein, den Fachkräftemangel aber nicht bekämpfen werde: „Digitalisierung kann unterstützend wirken, Fachkräfte und professionelle Betreuung in allen Feldern der sozialen Arbeit und Gesundheitsversorgung wird sie aber nicht ersetzen.“



Fachliche Zusammenkunft, von links: Birgit Eckhardt, Hubertus Heil und Heike Horrmann-Brandt.

Die Landesvorsitzende ging in ihrem Grußwort außerdem auf den Fachkräftemangel im sozialen Bereich, vor allem in der Pflege, ein. Die Gründe hierfür seien nicht allein fehlende Tarife und die unterdurchschnittliche Bezahlung. Die Politik müsse sich gegenüber den Kostenträgern für ausreichende Refinanzierung und gute Standards einsetzen. „Keine Pflege im Minutentakt mehr, sondern die Zeit, die wir brauchen, um die uns anvertrauten Menschen gut zu versorgen. Sozialpolitik darf keine Sparpolitik sein!“

Für die Arbeit des Paritätischen Kreisverbands in Peine gab es von allen

Seiten viel Lob. Landrat Franz Einhaus und Bürgermeister Klaus Saemann wiesen auf die wichtige Rolle des Paritätischen Peine und die sehr gute partnerschaftliche Zusammenarbeit in Stadt und Landkreis hin. Birgit Eckhardt betonte, dass der Paritätische Peine zu den großen Kreisverbänden in Niedersachsen gehört und sprach

ein großes Dankeschön für die hoch engagierte und sehr erfolgreiche Arbeit vor Ort aus. Zudem habe der Kreisverband auch echte Pionierarbeit geleistet: Die vor 20 Jahren in Peine gegründete Freiwilligenagentur zum Beispiel war eine der ersten ihrer Art in ganz Niedersachsen.

*Anika Falke
Referentin für Presse und
Öffentlichkeitsarbeit
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.*

Premiere unter freiem Himmel ist ein voller Erfolg

30 Gruppen präsentieren sich beim 16. Selbsthilfetag in Lüneburg

„Selbsthilfe – Musik für die Seele“ – unter diesem Motto hat die Selbsthilfekontaktstelle des Paritätischen Kreisverbands Lüneburg gemeinsam mit den Selbsthilfegruppen aus Stadt und Landkreis Lüneburg zum 16. Selbsthilfetag eingeladen. 30 Selbsthilfegruppen nahmen teil und präsentierten sich und ihre Angebote am 02.09.2018 auf dem Lüneburger Marktplatz.

In den vergangenen Jahren hatte der Selbsthilfetag immer im Lüneburger Glockenhaus stattgefunden. Dieses Jahr sprachen sich die teilnehmenden Selbsthilfegruppen für eine Premiere unter freiem Himmel aus. Zeitgleich zum verkaufsoffenen Sonntag präsentierten sich 30 Selbsthilfegruppen auf dem Lüneburger Marktplatz. Bei strahlendem Sonnenschein und buntem Treiben in der Stadt freuten sich die Teilnehmenden über viele interessierte Passanten und informative Gespräche an ihren Ständen. Die Gruppen, die am Selbsthilfetag dabei waren, boten einen Querschnitt

der rund 100 Angebote, die bei der Selbsthilfekontaktstelle in Lüneburg gelistet sind. Die Themen reichten von Alzheimer über psychische Erkrankungen, Trauer- oder Suchtbewältigung bis hin zu Aktiv-Treffs.

Die Schirmherren des Selbsthilfetages – Oberbürgermeister Ulrich Mädge und Landrad Manfred Nahrstedt – waren begeistert und dankten den Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihr Engagement. Auf der Bühne fand während des ganzen Tages ein buntes Programm statt, das die Gruppen und Gäste mit Musik und Tanz unterhielt. Und auch die Kleinsten kamen durch die Stelzenläufer und Clowns, die im Einsatz waren, auf ihre Kosten. Der 16. Lüneburger Selbsthilfetag war ein voller Erfolg. Das meldeten die Gruppen zurück und auch Ralf Gremmel, Geschäftsführer des Paritätischen Lüneburg zeigte sich zufrieden: „Die Entscheidung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, sich der Lüneburger Öffentlichkeit auf dem Marktplatz zu präsentieren, war toll. Es ist ein

mutiger Schritt, hinaus zu gehen und die eigene Gruppe vorzustellen. In Verbindung mit dem verkaufsoffenen Sonntag konnten so aber viele Bürgerinnen und Bürger auf die Angebote der Selbsthilfe aufmerksam werden.“

Christine Donner
 Koordinatorin Projekt
 „Junge Selbsthilfe“
 Paritätischer Lüneburg Lüneburg



Bei Sonnenschein und buntem Treiben in der Stadt freuten sich die Teilnehmenden über viele interessierte Passanten und informative Gespräche an ihren Ständen.

Größter Interessenverband der Rentner, Sozialversicherten, behinderten Menschen

Rat

Hilfe

Rechtsschutz

für Mitglieder in allen sozialrechtlichen Angelegenheiten

SOZIALVERBAND

VdK

NIEDERSACHSEN-BREMEN



Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen e.V.
 Nikolausstraße 11, 26135 Oldenburg
 Telefon: 0441-210290, Telefax: 0441-2102910
 eMail: niedersachsen-bremen@vdk.de

www.vdk.de/niedersachsen-bremen

Verdienstkreuz an Simin Nassiri verliehen

Engagierte Flüchtlingsarbeiterin von Kargah e.V. ausgezeichnet

Seit 30 Jahren engagiert sich die Hannoveranerin Simin Nassiri in der Flüchtlingsarbeit und der Integration. Dafür hat ihr Oberbürgermeister Stefan Schostok am 20.11.2018 im Auftrag des Bundespräsidenten das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgehändigt. Simin Nassiri ist 1986 aus politischen Gründen aus dem Iran geflüchtet und nach Deutschland gekommen. Aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen hat sie sich schnell für andere Flüchtlinge und die gleichberechtigte Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in der deutschen Gesellschaft eingesetzt.

Bereits 1987 ist sie der paritätischen Mitgliedsorganisation Kargah e.V. beigetreten, einem Verein für interkulturelle Kommunikation, Flüchtlings- und Migrationsarbeit in Hannover. Kargah e.V. ist eine Begegnungsstätte, in der Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten sowie Menschen mit Migrationshintergrund in sozialen, rechtlichen und beruflichen Fragen beraten und unterstützt werden. Seit 1994 wirkt Simin Nassiri im Flüchtlingsbüro mit und war außerdem Mitbegründerin des Frauentreffs.

Des Weiteren war Simin Nassiri zu wesentlichen Teilen an der Entwicklung und Gründung der multilingualen und interkulturellen Beratungsstelle Suana beteiligt, bei der Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen geholfen wird, die von physischer und psychischer Männergewalt betroffenen sind. 2001 wurde das Beratungsangebot fest im Kargah e.V. installiert. Simin Nassiri ist Hauptansprechpartnerin und kümmert sich um die gesamte Koordination sowie die Zusammenarbeit mit

Behörden, Institutionen und Vereinen. Die Beratungsstelle ist Mitglied des Netzwerkes „Hannoversches Interventionsprogramm gegen Häusliche Gewalt“ (HAIP) und wirkt in mehreren Arbeitsgemeinschaften mit.

Auch die Themen Zwangsheirat und Stalking gehören zum Aufgabenumfang der Beratungsstelle. Als die Niedersächsische Landesregierung im Jahr 2005 aufgrund mehrerer öffentlich gewordener tragischer Fälle von Ermordungen im „Namen der Ehre“ ein Handlungskonzept zum Thema „Zwangsheirat ächten – Zwangsehen vorbeugen“ entwickelt hat, hat sie Kontakt zu Suana aufgenommen, um verschiedene Hilfsangebote zu erarbeiten und anzubieten. In diesem Rahmen hat Simin Nassiri sich maßgeblich um den Aufbau und Betrieb des „Niedersächsischen Krisentelefon gegen Zwangsheirat“ gekümmert, das heute auch in anderen Krisensituationen weiterhilft.

Über diese umfangreiche Tätigkeit hinaus ist Simin Nassiri seit 1992 Mitglied des Verbands binationaler Familien

und Partnerschaften e.V. Regionalstelle Hannover und unterstützt dessen Arbeit. 1992 war sie auch Mitbegründerin des Runden Tisches gegen Männergewalt in der Familie, aus dem 1997 das Netzwerk HAIP entstanden ist. Aufgrund ihrer umfangreichen Erfahrungen ist Simin Nassiri von 1993 bis 1996 als Mitglied in die ehemalige Ausländerkommission des Niedersächsischen Landtages berufen worden (heute MUT - Migration und Teilhabe). 1996 war sie an der Gründung der in Hannover ansässigen Migrantinnen-Selbstorganisation Frauen Tribunal e.V. beteiligt und von Beginn an eines von drei Vorstandsmitgliedern.

Für ihr herausragendes Wirken im Bereich der Integration ist Simin Nassiri 2013 mit dem Integrationspreis des Gesellschaftsfonds Zusammenleben der Landeshauptstadt Hannover und 2016 mit der Plakette für Verdienste um die Landeshauptstadt Hannover ausgezeichnet worden.

Landeshauptstadt Hannover



Oberbürgermeister Stefan Schostok (rechts) ehrt Simin Nassiri.

Foto: LHH / Johannes-Daniel Engelmann

Ehrungen

Folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Mitgliedsorganisationen konnten in den letzten Wochen für langjährige Verbandszugehörigkeit ausgezeichnet werden:

Ehrenzeichen des Verbands:

- Hans-Gert Kalt, Paritätischer Verein für Jugendwohlfahrt Berenbostel e. V.
- Signe Gkogkos, Stiftung Hannoversche Kinderheilanstalt
- Silke Chmielewski, Stiftung Hannoversche Kinderheilanstalt
- Nurgül Ayseven, Stiftung Hannoversche Kinderheilanstalt
- Heike Gimmel, Stiftung Hannoversche Kinderheilanstalt
- Andrea Kämmerer, Stiftung Hannoversche Kinderheilanstalt



Die Politik muss endlich wacherüttelt werden, finden Sie nicht auch? Menschenrechte heißen so, weil es die Rechte aller Menschen sind, oder? Ganz genau. Und deshalb sagen wir, der Sozialverband Deutschland (SoVD) in Niedersachsen: Hört auf, Menschen zu behindern! Es muss endlich Gesetze geben, die das Leben von Menschen mit Behinderung erleichtern und Teilhabe für alle ermöglichen. Und das darf ruhig etwas kosten, denn das Geld dafür ist da. Aber nur wer laut ist, wird auch gehört.

Unterstützen Sie deshalb unsere Kampagne!
Mehr Infos gibt es unter www.ich-werde-behindert.de/nds.



Der Paritätische Stellenmarkt

Der Paritätische Stellenmarkt

Senden Sie eine Kurzbewerbung (zwei bis drei Sätze) oder ihre Ausschreibung als drucktaugliches PDF an report@paritaetischer.de oder
 Fax 05 11 5 24 86-3 33.

Die Veröffentlichung ist kostenlos!

ACHTUNG

Für die Ausgabe 01/2019 des Parität Report ist **Redaktionsschluss** am

Montag, 11. Februar 2019

Bitte schicken Sie Ihre Beiträge und Bilder in druckfähiger Größe (ab 1 MB, Einzeldatei) an report@paritaetischer.de

Paritätisches Jugendwerk Niedersachsen · Rosenwall 1 · 38300 Wolfenbüttel
 Fon: 05331-905460 · Fax: 05331-9054611 · jugendwerk@paritaetischer.de · www.pjw-nds.de



kraftvoll



lautstark



dynamisch

**für Teilhabe, Solidarität,
 soziale Gerechtigkeit**



KöKi · Hermann-von-Vechelde-Str. 7/7a · 38126 Braunschweig

Stellenprofil / Stellenausschreibung
Geschäftsführer*in KöKi (w/m/d)

Geschäftsstelle

Hermann-von-Vechelde-Str. 7/7a
38126 Braunschweig
Telefon: (0531) 7 51 45
Telefax: (0531) 8 74 42 31
E-Mail: info@koeki.de
Internet: www.koeki.de

KöKi – Verein zur Förderung körperbehinderter Kinder e.V. – ist ein 1967 gegründeter Elternselbsthilfeverein mit 270 Mitgliedsfamilien. Unser Ziel ist es Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit Behinderung sowie deren Familien zu unterstützen und zu fördern. Ein kompetentes interdisziplinäres Team aus 50 Angestellten und Ehrenamtlichen arbeitet in pädagogischen, therapeutischen, psychosozialen und freizeithlichen Bereichen mit über 500 Menschen. <https://www.koeki.de/>

Unsere langjährige Geschäftsführerin geht in den Ruhestand. Deshalb suchen wir zum 01.09.2019 eine neue Geschäftsführung in Vollzeit.

Sie bringen mit

- Abgeschlossenes Hochschulstudium im sozialwissenschaftlichen Bereich
- Erfahrungen in Personalführung
- Einschlägige kaufmännische und sozialrechtliche Kenntnisse
- Einsatzbereitschaft und Interesse für die Arbeit mit Menschen, vor allem mit Menschen mit Behinderungen
- Hohes Engagement, um die Erfolgsgeschichte des Vereins weiterzuführen
- Ausgeprägte Empathie und Kommunikationsfähigkeit
- Lust und Energie, den KöKi e.V. im politischen und gesellschaftlichen Umfeld zu repräsentieren und Netzwerkarbeit zu betreiben
- Kenntnisse im Qualitätsmanagement
- Sicherer Umgang mit Office-Anwendungen

Wir bieten Ihnen

- Mehrmonatige Übergangs- und Einarbeitungszeit
- Hohen Grad an Gestaltungsmöglichkeiten
- Sichere Mitgliederbasis
- Dynamisches, interdisziplinäres Team
- Überregional anerkannten Verein

Haben wir Ihr Interesse geweckt?

Dann freuen wir uns auf Ihre aussagekräftige Bewerbung. Umso vielfältiger Ihre Interessen und Kompetenzen sind, umso mehr Freude haben wir beim Kennenlernen. Bitte vergessen Sie nicht, in Ihrem Anschreiben Ihre Gehaltsvorstellung und das mögliche Eintrittsdatum zu nennen.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte bis zum 31.01.2019 an:
KöKi e.V., Vorstandsvorsitzenden, Herrn Stefan Voges, Hermann-von-Vechelde-Str. 7/7a, 38126 Braunschweig oder per E- Mail an vorstand@koeki.de.

Frühförderstelle
Ergotherapie
Krankengymnastik
Logopädie

Konten:
Nord LB Braunschweig
IBAN: DE72 2505 0000 0000 5533 47
BIC : NOLADE2HXXX

Postbank Hannover
IBAN: DE93 2501 0030 0008 0533 03
BIC : PBNKDEFF



Serviceleistungen des Paritätischen Niedersachsen

Die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Betriebswirtschaft

Entgeltkalkulation, Kostenträgerverhandlung, Interims- & Krisen-Management, Haushalts- und Wirtschafts-Planung, Kostenreduzierung durch Umstrukturierung, Personal- und Personaleinsatz-Planung, Managementtraining, Beratung in Wirtschaftlichkeitsfragen, Marketing-Beratung, Begleitung in Schiedsstellenverfahren, Konzeption von Leistungsangeboten, Leistungsbeschreibung

Eduard Schellenberg (Behindertenhilfe)

Tel. 05 11 / 5 24 86-367

Barbara Heidrich (Pflege)

Tel. 05 11 / 5 24 86-370

Baubetreuung

Baubetreuung oder Leitung, Prüfung von Kostenvoranschlägen und Architektenverträgen, Gutachten

N.N.

Tel. 05 11 / 5 24 86-376

Datenschutzberatung

Christian Zappe

Tel. 05 11 / 52486-350

EDV

Kommunikationskonzepte, Softwareberatung, Auswahl und Installation von Hard- und Software, Softwareübersichten, Internet-Präsentationen

Dietmar Buck

Tel. 05 11 / 5 24 86-373

Europa,

Ehrenamt und Freiwilligenarbeit

Information und Beratung zu EU-Förderprogrammen

Agnieszka Krawczyk-Balon

Tel. 05 11 / 5 24 86-384

Finanzierung

Zuwendungen, Zuschüsse und Stiftungsmittel (z. B. Lotteriemittel, Aktion Mensch, Deutsches Hilfswerk, Glücksspirale)

Fabian Hüper

Tel. 05 11 / 5 24 86-361

Finanzbuchhaltung

Organisation der Finanzbuchhaltung, Unterstützung bei Fragen im umsatzsteuerlichen Bereich, Kontierungen, Abschreibungen, Jahresabschluss, Verwendungsnachweise Lotteriemittel-Beihilfen

Gordon Braun

Tel. 05 11 / 5 24 86-378

Christiane Häberle

Tel. 05 11 / 5 24 86-386

Erfassen der Buchhaltungsunterlagen; Beratung Jahresabschluss (entgeltlich)

Annemarie Heuer

Tel. 05 11 / 5 24 86-377

Fotokopien

Größere Kopieraufträgen einschl. Einbinden (entgeltlich)

Michael Schmunk

Tel. 05 11 / 5 24 86-375

Kfz

Astrid Schöne (Abrufscheine)

Tel. 05 11 / 5 24 86-397

Stefanie Klose (Abrufscheine)

Tel. 05 11 / 5 24 86-347

Paritätisches Rechenzentrum

Abrechnung von Löhnen/Gehältern (entgeltlich)

Peter Schmidt

Tel. 05 11 / 92 09 09-640

Personal

Unterstützung bei personalrechtlichen Fragen; Unterstützung im Umgang mit BAT, AVR, AVB und TVöD/TV-L, Betriebsvereinbarung des Paritätischen Niedersachsen

Kirsten Ohmsen

Tel. 05 11 / 5 24 86-379

Rahmenverträge

Vergünstigte Konditionen für Telefonie und Materialbeschaffung sowie Kopier-, Fax- und Drucksysteme

Ernst Spieß

Tel. 05 11 / 5 24 86-398

Recht

Beratung und Unterstützung bei arbeitsrechtlichen und sonstigen Rechtsfragen, Gutachten, Vertragsprüfung und -ausarbeitung, außergerichtliche Verhandlungen und Vergleiche, Vertretung vor Schiedsstellen

Christiane Schumacher

Tel. 05 11 / 5 24 86-395

Seminare

Interne und externe Schulungen

Astrid Schöne

Tel. 05 11 / 5 24 86-397

Versicherungen

Ulrich Preisberger

Tel. 05 11 / 52486-372

Fachbereiche des Paritätischen Niedersachsen

Die Fachberaterinnen und Fachberater

Altenselbsthilfe

Christine Köhler-Riebau
Paritätischer Wolfsburg
Saarstraße 10 a
38440 Wolfsburg
Tel. 0 53 61 / 29 50-15
Fax 0 53 61 / 29 50-21
christine.koehler-riebau@paritaetischer.de

Behindertenhilfe

Maren Campe
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 / 52486-360
Fax 0511 / 52486-332
maren.campe@paritaetischer.de

Bildung

Agnieszka Krawczyk-Balon
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-384
Fax 05 11 / 5 24 86-332
agnieszka.krawczyk-balon@paritaetischer.de

Eingliederungshilfe/Wohnen

Eduard Schellenberg
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-367
Fax 05 11 / 5 24 86-332
eduard.schellenberg@paritaetischer.de

Erziehungshilfe

Dominik Baier
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-387
Fax 05 11 / 5 24 86-332
dominik.baier@paritaetischer.de

Frauen und Familien

Andrea Zerrath
Paritätischer Helmstedt
Schuhstraße 1
38350 Helmstedt
Tel. 0 53 51 / 5 / 41 91-4
Fax 0 53 51 / 5 41 91-66
andrea.zerrath@paritaetischer.de

Jugendbildung/PJW

Karsten Maul
Paritätischer Wolfenbüttel
Rosenwall 1
38300 Wolfenbüttel
Tel. 0 53 31 / 9 05 46-50
Fax 0 53 31 / 9 05 46-11
karsten.maul@paritaetischer.de

Krankenhäuser

Birgit Eckhardt
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-365
Fax 05 11 / 5 24 86-333
birgit.eckhardt@paritaetischer.de

Kur- und Erholungshilfen

Anne Günther
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-376
Fax 05 11 / 5 24 86-332
anne.guenther@paritaetischer.de

Migration/Integration

Regina Krome
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-383
Fax 05 11 / 5 24 86-332
regina.krome@paritaetischer.de

Mittel- und Osteuropa

Krzysztof Balon
Eurosozial e. V. – Paritätischer
Verein für deutsch-polnische und
europäische Zusammenarbeit
Marienbruchstraße 61/63
38226 Salzgitter
Tel. 0 53 41 / 84 11 94
k.balon@eurosozial.eu

Pflege

Barbara Heidrich
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-370
Fax 05 11 / 5 24 86-333
barbara.heidrich@paritaetischer.de

Schullandheime

Wibke Behlau
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 / 52486-371
Fax 0511 / 52486-332
wibke.behlau@paritaetischer.de

Selbsthilfe

Barbara Heidrich
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-370
Fax 05 11 / 5 24 86-333
barbara.heidrich@paritaetischer.de

Soziale Psychiatrie

Maren Campe
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 / 52486-360
Fax 0511 / 52486-332
maren.campe@paritaetischer.de

Sucht

Petra Bunke
Paritätischer Braunschweig
Jugend- und Drogenberatung
Braunschweig DROBS
Kurt-Schumacher-Straße 26
38102 Braunschweig
Tel. 05 31 / 2 20 90-0
Fax 05 31 / 2 20 90-90
petra.bunke@paritaetischer-bs.de

Tageseinrichtungen für Kinder

Klaus-Dieter Fortmeyer
Paritätischer Cuxhaven
Kirchenpauerstraße 1
27472 Cuxhaven
Tel. 0 47 21 / 57 93-62
Fax 0 47 21 / 57 93-50
klaus-dieter.fortmeyer@paritaetischer.de

Überregionale

Mitgliedsorganisationen

Anne Günther
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-376
Fax 05 11 / 5 24 86-332
anne.guenther@paritaetischer.de

Abteilungsleitungen des Paritätischen Niedersachsen Leiterinnen und Leiter

Abteilung I:

Kreisverbände/Sozialzentren

Harald Fischer
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-389
Fax 05 11 / 5 24 86-333
harald.fischer@paritaetischer.de

Abteilung III:

Personalwesen

N. N.
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-327
Fax 05 11 / 5 24 86-333

Abteilung V:

Pflege und Gesundheit

Barbara Heidrich
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-370
Fax 05 11 / 5 24 86-333
barbara.heidrich@paritaetischer.de

Abteilung II:

Finanzen

Gordon Braun
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-378
Fax 05 11 / 5 24 86-333
gordon.braun@paritaetischer.de

Abteilung IV:

Mitgliederförderung

Anne Günther
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-376
Fax 05 11 / 5 24 86-333
anne.guenther@paritaetischer.de

Arbeitskreise des Paritätischen Niedersachsen Leiterinnen und Leiter

Arbeits- und Tarifrecht

Christiane Schumacher
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-395
Fax 05 11 / 5 24 86-333
christiane.schumacher@paritaetischer.de

Freiwilligen-Agenturen

Nadja Kunzmann
Freiwilligen-Agentur des
Paritätischen Hameln
c/o Familie im Zentrum
Osterstraße 46
31785 Hameln
Tel. 0 51 51 / 57 61-27
nadja.kunzmann@paritaetischer.de

Schuldnerberatung

Wolfgang Lippel
Paritätischer Nienburg
Kräher Weg 2
31582 Nienburg
Tel. 0 50 21 / 97 45-15
Fax 0 50 21 / 97 45-11
wolfgang.lippel@paritaetischer.de

Straffälligenhilfe

Christiane Schumacher
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-395
Fax 05 11 / 5 24 86-333
christiane.schumacher@paritaetischer.de

Betreuungsvereine

Christiane Schumacher
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-395
Fax 05 11 / 5 24 86-332
christiane.schumacher@paritaetischer.de

Kontakt- und Beratungsstellen für Selbsthilfegruppen

Regina Heller
Paritätischer Hameln
Kaiserstraße 80
31785 Hameln
Tel. 0 51 51 / 5 76-113
regina.heller@paritaetischer.de

Sprachheilarbeit

Irmgard Fricke
Lebenshilfe Hameln e. V.
Sprachheilkindergarten
Burgstraße 4
31855 Aerzen
Tel. 0 51 54 / 38 05
Fax 0 51 54 / 7 09 00 08
irmgard.fricke@lebenshilfe-hameln.de

Mitglieder des Verbandsrats (Wahlperiode 2016 bis 2020)

Vorsitzende des Verbandsrats

Ulla Klapproth

Kleiner Horbeck 5
37191 Gillersheim
Tel. 0 55 56 / 15 66
Fax 0 55 56 / 50 78
ulla.klapproth@t-online.de

Kurt Spannig

c/o Psychiatrische Klinik
Uelzen gGmbH
An den Zehn Eichen 50
29525 Uelzen
Tel. 05 81 / 38 95-301
Fax 05 81 / 38 95-5300
k.spannig@pk-uelzen.de

Clemens Ahrens

Dorothea-Erxleben-Str. 6
38116 Braunschweig
Tel. 0 53 21 / 33 71-215
clemens.ahrens@
lebenshilfe-goslar.de

Dr. Thomas Beushausen

Bonatzweg 2
30559 Hannover
Tel. 01 77 / 3 06 51 13
beushausen@hka.de

Knut Böhme

Brabeckstr. 3
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 17 92 22
Tel. 01 70 / 8 30 56 32
info@k-boehme.de

Meike Dzemski

Hilde-Domin-Str. 22
26127 Oldenburg
Tel. 04 41 / 68 19 78
meike.dz@web.de

Silke Gerike

Am Mesterwinkel 19
30952 Ronnenberg
Tel. 01 71 / 4 96 53 65
silke.gerike@gmail.com

Bernd Göddertz

Luisenstr. 9
31141 Hildesheim
Tel. 0 51 21 / 9 99 07 87
bernd.goeddertz@gmx.de

Tina Hellmann

Hauptstr. 5
37191 Wachenhausen
Tel. 01 52 / 23 67 56 26
tina.hellmann@web.de

Martin Kupper

c/o Albert-Schweitzer-
Familienwerk e.V.
Jahnstr. 2
37170 Uslar
Tel. 0 55 71 / 92 43-141
Fax 0 55 71 / 92 43-112
kupper@familienwerk.de

Stephan Liedke

c/o Stadorf e.V.
Alewinstr. 15
29525 Uelzen
Tel. 05 81 / 97 64 20
stephanliedke@stadorf.de

Hue Mende

Großer Stein 16
26789 Leer
Tel. 04 91 / 9 60 51 78
Fax 04 91 / 9 60 51 63
hmende@lebenshilfe-leer.de

Christina Müller-Matysiak

Langes Feld 68
30974 Wennigsen
Tel. 0 51 03 / 70 66 63
Fax 05 11 / 1 61 32 40
mueller.matysiak@juranet.de

Jens Pannemann

Rebenstr. 17
26121 Oldenburg
Tel. 0 44 01 / 45 88
Fax 0 44 01 / 45 80
dksb.brake@t-online.de

Monika Placke

Walter-Haas-Str. 32
49088 Osnabrück
Tel. 05 41 / 7 63 87
Tel. 01 70 / 8 14 10 37
monika.placke@freenet.de

Mathias Reisewitz

c/o Arcus Peine gGmbH
Woltorfer Str. 7
31224 Peine
Tel. 0 51 71 / 59 12 50
Fax 0 51 71 / 59 12 40
takt@arcus-peine.de

Bolko Seidel

Am Flugplatz 9
31137 Hildesheim
Tel. 0 51 21 / 1 70 98 60
Fax 0 51 21 / 1 70 98 78
bolko.seidel@lhhi.de

Landesverband

Hauptamtlicher Vorstand

Birgit Eckhardt

Vorsitzende

Rainer Flinks

stellv. Vorsitzender

Paritätischer Wohlfahrts-
verband Niedersachsen e.V.
GandhisträÙe 5a
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-0
Fax 05 11 / 5 24 86-333
landesverband@
paritaetischer.de

Ehrenvorsitzende

Günter Famulla

Vorsitzender 1997 bis 2009
Ehrenvorsitzender
seit 2009

Wolfgang Neubelt †

Direktor 1956 bis 1988
Vorsitzender 1988 bis 1997
Ehrenvorsitzender
1997 bis 2015

Karin Ruth Diederichs †

Vorsitzende 1980 bis 1988
Ehrenvorsitzende
1988 bis 2017

Bianca Weihmann

Seebohmstr. 1
31688 Nienstädt
Tel. 0 57 21 / 7 27 86
bweihmann@t-online.de

Paritätische Kreisverbände in Niedersachsen

Paritätischer Aurich

Große Mühlenwallstraße 21
26603 Aurich
Tel.: (0 49 41) 93 94-0
Fax.: (0 49 41) 93 94-17
GF: N.N.
N.N.

Paritätischer Braunschweig

Saarbrückener Straße 50
38116 Braunschweig
Tel.: (05 31) 4 80 79-0
Fax.: (05 31) 4 80 79-14
GF: Henning Eschemann
henning.eschemann@paritaetischer.de

Paritätischer Celle

Lauensteinplatz 1a
29225 Celle
Tel.: (0 51 41) 93 98-0
Fax.: (0 51 41) 93 98-19
GFin: Nadja Fischer
nadja.fischer@paritaetischer.de

Paritätischer Cloppenburg

c/o Herrn Hans-Jürgen Lehmann
Blumenstraße 9
26121 Oldenburg
Tel.: (04 41) 40 59 69 99
GF: Hans-Jürgen Lehmann
paritaet.dlp@online.de

Paritätischer Cuxhaven

Kirchenpauerstraße 1
27472 Cuxhaven
Tel.: (0 47 21) 57 93-0
Fax.: (0 47 21) 57 93-50
GF: Klaus-Dieter Fortmeyer
klaus-dieter.fortmeyer@paritaetischer.de

Paritätischer Delmenhorst

Bismarckstraße 21
27749 Delmenhorst
Tel.: (0 42 21) 15 25-50
Fax.: (0 42 21) 15 25-15
GF: Thomas Heyen
thomas.heyen@paritaetischer.de

Paritätischer Diepholz

Kräher Weg 2
31582 Nienburg
Tel.: (0 50 21) 97 45-0
Fax.: (0 50 21) 97 45-11
GFin: Elke Heidorn
elke.heidorn@paritaetischer.de

Paritätischer Emden

Friedrich-Naumann-Straße 11
26725 Emden
Tel.: (0 49 21) 93 06-0
Fax.: (0 49 21) 93 06-16
GF: Stefan Kamer
stefan.kamer@paritaetischer.de

Paritätischer Emsland

Lingener Straße 13
49716 Meppen
Tel.: (0 59 31) 1 80 00
Fax.: (0 59 31) 1 22 80
GFin: Barbara Germer-Grote
barbara.germer-grote@paritaetischer.de

Paritätischer Friesland

Zum Jadebuden 12
26316 Varel
Tel.: (0 44 51) 91 46-0
Fax.: (0 44 51) 91 46-11
GF: Wolf-Dieter Kulawik
wolf-dieter.kulawik@paritaetischer.de

Paritätischer Gifhorn

Sprachtherapeutischer Kindergarten
Am Sportplatz 10
38518 Gifhorn
Tel.: (0 53 71) 9 44 99-0
Fax.: (0 53 71) 9 44 99-73
GFin: Sandra Agbovor
shg-gifhorn@paritaetischer-bs.de

Paritätischer Goslar-Seesen

Von-Garßen-Straße 6
38640 Goslar
Tel.: (0 53 21) 2 10 11
Fax.: (0 53 21) 1 82 29
GF: Sven Dickfeld
sven.dickfeld@paritaetischer.de

Paritätischer Göttingen

Zollstock 9 a
37081 Göttingen
Tel.: (05 51) 9 00 08-10
Fax.: (05 51) 9 00 08-19
GF: Dr. Volker Bullwinkel
volker.bullwinkel@paritaetischer.de

Paritätischer Grafsch. Bentheim

Große Gartenstraße 14
48529 Nordhorn
Tel.: (01 60) 44 04 02-4
GFin: Anja Jankowsky
anja.jankowsky@paritaetischer.de

Paritätischer Hameln

Kaiserstraße 80
31785 Hameln
Tel.: (0 51 51) 57 61-0
Fax.: (0 51 51) 5 99 77
GF Christoph Seese
christoph.seese@paritaetischer.de

Paritätischer Hannover

Gartenstraße 18
30161 Hannover
Tel.: (05 11) 9 62 91-0
Fax.: (05 11) 9 62 91-13
GF: Georg Steimann
georg.steimann@paritaetischer.de

Paritätischer Harburg

Schanzenring 8
21423 Winsen / Luhe
Tel.: (0 41 71) 88 76-0
Fax.: (0 41 71) 88 76-29
GFin: Bettina Wichmann
bettina.wichmann@paritaetischer.de

Paritätischer Helmstedt

Schuhstraße 1
38350 Helmstedt
Tel.: (0 53 51) 54 19 10
Fax.: (0 53 51) 54 19-166
GFin: Andrea Zerrath
andrea.zerrath@paritaetischer.de

Paritätischer Hildesheim-Alfeld

Lilly-Reich-Straße 5
31137 Hildesheim
Tel.: (0 51 21) 74 16-0
Fax.: (0 51 21) 74 16-20
GFin: Elisabeth Fokken
elisabeth.fokken@paritaetischer.de

Paritätischer Holzminden

Wallstraße 2
37603 Holzminden
Tel.: (0 55 31) 93 27-0
Fax.: (0 55 31) 93 27-90
GF: Daniel Leonhardt
daniel.leonhardt@paritaetischer.de

Paritätischer Leer

Von-Jhering-Straße 8
26789 Leer
Tel.: (04 91) 9 25 31-0
Fax.: (04 91) 9 25 31-31
GF: Stefan Kamer
stefan.kamer@paritaetischer.de

Paritätischer Lüchow-Dannenberg

Schlossgraben 3
29451 Dannenberg
Tel.: (0 58 61) 88 53
Fax.: (0 58 61) 87 50
GFin: Susanne Guhl
susanne.guhl@paritaetischer.de

Paritätischer Lüneburg

Altenbrücker Damm 1
21337 Lüneburg
Tel.: (0 41 31) 86 18-0
Fax.: (0 41 31) 86 18-40
GF: Ralf Gremmel
ralf.gremmel@paritaetischer.de

Paritätischer Nienburg

Kräher Weg 2
31582 Nienburg
Tel.: (0 50 21) 97 45-0
Fax.: (0 50 21) 97 45-11
GFin: Elke Heidorn
elke.heidorn@paritaetischer.de

Paritätischer Northeim c/o Paritätischer Göttingen

Zollstock 9 a
37081 Göttingen
Tel.: (05 51) 9 00 08-10
Fax.: (05 51) 9 00 08-19
GF: Dr. Volker Bullwinkel
volker.bullwinkel@paritaetischer.de

Paritätischer Oldenburg-Ammerland

Ziegelhofstraße 125 – 127
26121 Oldenburg
Tel.: (04 41) 7 79 00-0
Fax.: (04 41) 7 79 00-22
GF: Sebastian Vatterodt
sebastian.vatterodt@paritaetischer.de

Paritätischer Osnabrück

Heinrichstraße 27 b
49080 Osnabrück
Tel.: (05 41) 4 08 04-0
Fax.: (05 41) 4 08 04-25
GF: Michael Laszewski
michael.laszewski@paritaetischer.de

Paritätischer Osterholz

Loger Straße 35
27711 Osterholz-Scharmbeck
Tel.: (0 47 91) 94 15-0
Fax.: (0 47 91) 94 15-10
GF: Olaf Bargemann
bargemann@lebenshilfe-ohz.de

Paritätischer Osterode

Abgunst 1
37520 Osterode
Tel.: (0 55 22) 90 77-0
Fax.: (0 55 22) 90 77-28
GFin: Annette Nikulla
annette.nikulla@paritaetischer.de

Paritätischer Peine

Virchowstraße 8 a
31226 Peine
Tel.: (0 51 71) 77 70-0
Fax.: (0 51 71) 77 70-21
GFin: Heike Horrmann-Brandt
heike.horrmann-brandt@paritaetischer.de

Paritätischer Rotenburg

Neue Straße 21
27432 Bremervörde
Tel.: (0 47 61) 7 11 01
Fax.: (0 47 61) 7 11 91
GF: Olaf Tietjen
olaf.tietjen@paritaetischer.de

Paritätischer Salzgitter

Marienbruchstraße 61 – 63
38226 Salzgitter
Tel.: (0 53 41) 84 67-0
Fax.: (0 53 41) 84 67-24
GF: Andreas Laumert
andreas.laumert@paritaetischer.de

Paritätischer Schaumburg

Dammstraße 12 a
31675 Bückeburg
Tel.: (0 57 22) 95 22-0
Fax.: (0 57 22) 95 22-18
GFin: Viviane Redinger
viviane.redinger@paritaetischer.de

Paritätischer Stade c/o Paritätischer Betreuungsverein Stade

Thuner Straße 4
21680 Stade
Tel.: (0 41 41) 60 00 90-24
GF: Olaf Tietjen
olaf.tietjen@paritaetischer.de

Paritätischer Uelzen

Veerßer Straße 92
29525 Uelzen
Tel.: (05 81) 97 07-0
Fax.: (05 81) 97 07-20
GF: Stefan Müller-Teusler
stefan.mueller-teusler@paritaetischer.de

Paritätischer Osterholz Verden

Helene-Grulke-Straße 5
27299 Langwedel
Tel.: (0 42 35) 89-0
Fax.: (0 42 35) 89-111
GF: Dieter Haase
d.haase@stiftung-waldheim.de

Paritätischer Wesermarsch

Bürgermeister-Müller-Straße 13
26919 Brake
Tel.: (0 44 01) 45 88
Fax.: (0 44 01) 45 80
GFin: Hannelore Bohlken
hannelore.bohken@paritaetischer.de

Paritätischer Wilhelmshaven

Banter Weg 12
26389 Wilhelmshaven
Tel.: (0 44 21) 2 06-0
Fax.: (0 44 21) 2 06-2 88
GF: Jürgen Hoffmann
juergen.hoffmann@paritaetischer.de

Paritätischer Wittmund

Große Mühlenwallstraße 21
26603 Aurich
Tel.: (0 49 41) 93 94-0
Fax.: (0 49 41) 93 94-17
GF: N.N.
N.N.

Paritätischer Wolfenbüttel

Kommissstraße 5
38300 Wolfenbüttel
Tel.: (0 53 31) 92 00-0
Fax.: (0 53 31) 92 00-79
GF: Andreas Laumert
andreas.laumert@paritaetischer.de

Paritätischer Wolfsburg

Saarstraße 10 a
38440 Wolfsburg
Tel.: (0 53 61) 29 50-0
Fax.: (0 53 61) 29 50-21
GFin: Christine Köhler-Riebau
christine.koehler-riebau@paritaetischer.de